

LANDTAGS NACHRICHTEN

9. Oktober

7/2013

www.landtag-mv.de



+++ Erste Lesung Doppelhaushalt 2014/2015 +++ Schlussfolgerungen aus dem Hochwasser +++ M-V als Land der Generationen +++ Gerichtsstrukturreform +++ Arbeitsmarkt in M-V +++ Beteiligungsprojekt im Landtag „Jugend fragt nach“ +++ Rückblick auf das Sommerrätsel +++ Zeitenwandel: Sonnenbaden auf dem Dach +++



Titelfoto: Blick über den Kreuzkanal des Schweriner Schlossgartens (Uwe Sinnecker)

3	GASTKOLUMNE	Michael Seidel, Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung (SVZ), über die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl.
4 – 20	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Durchstarten in Mecklenburg-Vorpommern – Unser Land zieht an – Ausbildung sichert Fachkräfte“
6 – 10	Berichte	
6 – 7		Erste Lesung Doppelhaushalt 2014/2015
8		Schlussfolgerungen aus dem Hochwasser
9		Mecklenburg-Vorpommern als Land der Generationen vermarkten
10	Weitere Beschlüsse	Anpassung von Besoldungs-, Beamtenversorgungs- und Amtsbezügen Tätigkeitsbericht Integrationsförrat Zukunft der Theater und Orchester für alle Standorte gleichberechtigt gestalten Familiennachzug syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge Gesetz zum öffentlichen Gesundheitsdienst Immunitätsangelegenheiten
11 – 20	Original-Debatte	Antrag DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gerichtsstrukturneordnungsgesetz zurückziehen
21 – 24	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Europa- und Rechtsausschuss: Anhörung zur Gerichtsstrukturereform, Ostseeparlamentarierkonferenz Agrarausschuss: Nationale Umsetzung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2014 Verkehrsausschuss: Unterrichtungsfahrt Österreich Petitionsausschuss: Unterrichtungsfahrt Rumänien Parl. Untersuchungsausschuss: Weitere Zeugenvernehmung zur Insolvenz der P+S Werften Wolgast und Stralsund Enquete-Kommission: Befragung zur Wohnsituation Älterer in M-V
25 – 30	PANORAMA	Direktoren-Arbeitsgruppe „Chancen und Risiken des Internet“ Besuch der Parlamentarischen Vereinigung Niedersachsen Familienkonvent M-V, Fernwärme fürs Schweriner Schloss, Umweltpreis des Landtages M-V, Jugendprojekttag „Gymnasium Sanitz gegen Rechts“ Beteiligungsprojekt im Landtag „Jugend fragt nach“ Rückblick auf das LN-Sommerrätsel
31	SCHLOSSGESCHICHTEN	Zeitenwandel: Sonnenbaden auf dem Dach

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,

www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Nichtwählen tut der Demokratie nicht gut

Parteien dienen der politischen Willensbildung. Parlamente und die von ihnen getragenen Regierungen sollen Gesellschaft gestalten. Doch wer hat ihnen dafür eigentlich das Mandat erteilt? Repräsentieren die Parlamente tatsächlich die ganze Gesellschaft, oder bleibt nicht vielmehr ein Teil der Bevölkerung permanent ausgesperrt?

Am 22. September war die Freude groß über die leicht gewachsene Wahlbeteiligung. Doch die Beteiligung im Osten Deutschlands hinkte wie immer seit 1990 dem Bundeschnitt hinterher. In M-V noch deutlicher als in Brandenburg. So muss man konstatieren, dass im Nordosten rund ein Drittel der Wahlberechtigten zuhause blieb. Das ist deren gutes Recht, aber es tut der Demokratie nicht gut.

Leider gibt es keine verlässlichen Angaben darüber, wie sich die „Partei der Nichtwähler“ zusammensetzt. Gewiss sind ein Teil davon bewusste Verweigerer aus traditionellen Wählermilieus, die sich nicht mehr wiederfinden. Also etwa Konservative, denen die Merkel-CDU zu sozialdemokratisiert scheint. Oder SPD-Anhänger, denen die Agenda 2010 als Verrat am Proletariat, also an der Sozialdemokratie, gilt. Oder Grünen-Anhänger, denen die Öko- und Bürgerrechtspartei zu sehr Teil des Establishments geworden ist.

Man darf jedoch unterstellen, dass sich Nichtwähler nicht unwesentlich auch aus jenen sozialen Kreisen rekrutieren, die den Eindruck haben, dass sich Parteien ohnehin nicht für sie interessieren, dass sie sowieso immer am kürzeren Hebel säßen, dass sich ihre Lebenssituation ohnehin in keinem Partei- oder gar Wahlprogramm wiederfinde. Menschen also, die womöglich nach großen Hoffnungen zu Zeiten des Mauerfalls resigniert haben und der Politik nichts mehr zutrauen. Und die sich deshalb mit keiner Faser (mehr) für politische Wirk- und Beteiligungs-Mechanismen interessieren. Noch weniger vermag selbst ein durchschnittlich politisch interessierter Bürger wiederzugeben, wofür welche Partei tatsächlich programmatisch steht. Das Phänomen beschrieb zwar Anfang der 1920er-Jahre auch schon der gute Tucholsky in seinem Stück „Ein älterer, leicht besoffener Herr“. Das macht es nicht tröstlicher: Viele Menschen wählen bestenfalls eine Ahnung von Politik – oder lassen es von vornherein sein. Die Enttäuschung über die politische Wirklichkeit ist da geradezu zwangsläufig.



Foto: SVZ

Michael Seidel ist seit Anfang 2013 Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung. Er war seit 1992 lange Jahre Landtags-Berichterstatter und bis 2006 Vorstandsmitglied der Landespressekonferenz MV.

Nach jeder Wahl versprechen wir uns, neue, interessantere, bürgernähere Formen von Politik zu finden. Doch der geschäftsmäßige Politikbetrieb frisst schnell den guten Vorsatz. Fraktionssitzungen in der Region oder Bürgersprechstunden des Ministerpräsidenten zeigen guten Willen, lösen aber letztlich nicht das Problem. Wer vertritt die Interessen derer, die sich an den Rand gedrängt fühlen oder es tatsächlich sind? Wehe uns, wenn diese Menschen wählen gingen! Welcher Parteien-Ortsverein möchte eigentlich, dass frische, unverstellte Menschen mitmachen? Was tun Parteimitglieder dafür, dass sie an der Basis so attraktiv sind, dass bisher nicht organisierte Menschen dazu gehören und mitmachen wollen? Wer ermuntert Menschen in abgelegenen Regionen, sich fürs Gemeinwohl zu engagieren? Wer wirkt als Person oder als Gruppe gegen all die Klischees, die der Bürger von „der Politik“ und „den Politikern“ hat?

„ Wer vertritt die Interessen derer, die sich an den Rand gedrängt fühlen? „

Wer meint, ein Drittel Nichtbeteiligung sei verschmerzbar, da doch zwei Drittel immerhin gewählt hätten, verkennt zweierlei: Niemand vermag zu sagen, wie viele derer, die gewählt haben, wussten, was sie mit ihrem Votum bewirken. Und zweitens folgen dieser Bundestagswahl bald Kommunal- und Landtagswahlen mit erfahrungsgemäß deutlich niedrigerer Wahlbeteiligung. So steht das Grundproblem bald wieder auf der Tagesordnung.

Michael Seidel

Streit um Arbeitsmarktpolitik

CDU-Fraktion weist auf Erfolge hin, die Opposition auf Defizite

Die jüngste Arbeitsmarkt-Statistik war für die CDU-Fraktion Anlass, im Landtag eine positive Bilanz der Wirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern zu ziehen. Sie wählte das Thema „Durchstarten in Mecklenburg-Vorpommern – Unser Land zieht an – Ausbildung sichert Fachkräfte“ für die Aktuelle Stunde am 4. September. Die Opposition dagegen sieht erhebliche Defizite in der Arbeitsmarktpolitik, wie deren Redner betonten.

Fotos: Uwe Baleski



Wolfgang Waldmüller (CDU)

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung sei die Zahl der Arbeitslosen in M-V unter die 90.000-Marke gesunken, sagte **Wolfgang Waldmüller**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Seit 2006 habe zwar die Zahl der Einwohner im Land um rund 100.000 abgenommen. „Dennoch gibt es ein Plus von 30.000 Arbeitsplätzen gegenüber dem letzten Regierungsjahr von Rot-Rot“, unterstrich Waldmüller. Die Zahlen sprechen seiner Ansicht nach für die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, die sich auf den ersten Arbeitsmarkt konzentriert. „Ob beim Wirtschaftswachstum oder beim Beschäftigungszuwachs, unser Bundesland nimmt Spitzenpositionen ein“, erklärte er. Das Lohnniveau betrage 80,1 Prozent gegenüber den deutschen Durchschnittslöhnen. Da sei das Land „noch nicht am Ziel“, räumte er ein.

„Die Einschätzungen der SPD/CDU-Regierung erinnern mich an DDR-Zeiten: Man betreibt Selbstbeweihräucherung und verschließt die Augen vor den Problemen“, sagte Linke-Fraktionschef **Helmut Holter**. Noch immer sei die Arbeitslosigkeit eine der höchsten in Deutschland, das Lohnniveau am niedrigsten, und junge Leute bekämen trotz vielfältiger Lehrstellen-Angebote weit unterdurchschnittliche Entgelte. Dies treibe vor allem Menschen zwischen 20 und 30 aus dem Land. Auch er wies auf die Statistik hin: „Sie haben nicht darüber gesprochen, dass im letzten Jahr 0,1 Prozent neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen wurden. Das waren 711 in Mecklenburg-Vorpommern, während in Schleswig-Holstein 12.000 geschaffen wurden. Das sind die Vergleichszahlen“, betonte Holter.



Helmut Holter (DIE LINKE)



Wirtschaftsminister Harry Glawe

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** räumte Probleme bei der Bezahlung von Auszubildenden ein, verwies aber darauf, dass die beruflichen Chancen für junge Leute im Land besser denn je seien. Laut CDU kommen auf einen Bewerber aktuell 1,6 mögliche Lehrstellen. Die gute Botschaft sei: „Junge Menschen können heute ihre berufliche Perspektive bei uns im Land finden. Jeder junge Mensch wird im Land gebraucht“, sagte Glawe. Er forderte die Unternehmen aber auf, sich „kreativ“ um den beruflichen Nachwuchs zu bemühen, etwa durch höhere Entgelte, Fahrgeldzuschüsse oder die Bereitstellung von Wohnraum. Vor allem im Bereich Hotel und Gaststätten, wo der Bedarf an Azubis am höchsten sei, müsse es Bewegung geben. Landesweit gebe es noch knapp 3.500 offenen Lehrstellen, 2.065 Bewerber seien noch auf der Suche.



Jochen Schulte (SPD)

Der SPD-Abgeordnete **Jochen Schulte** forderte „faire Vergütungen, eine gute Begleitung der Ausbildung und eine Übernahme­garantie nach dem Abschluss der Ausbildung“. Der drohende Fachkräftemangel sei ein großes Problem für die Unternehmen. Den jungen Leuten und ihren Familien müsse deutlich gemacht werden, dass sie hier im Land eine Chance haben. Er kritisierte, dass der Bund Länder wie Mecklenburg-Vorpommern nicht ausreichend bei Projekten und Initiativen unterstützt, mit denen benachteiligten Jugendlichen der Weg in Beruf und Gesellschaft geebnet werden soll. Er nannte als Beispiel die Kompetenzagenturen, die nicht weiter aus Berlin finanziert werden. Zudem müsse es dem Land besser gelingen, auch junge Leute aus Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und aus Bayern in den Nordosten zu holen.



Udo Pastörs (NPD)

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** beklagte eine fehlende Wirtschaftskraft im Land. Der Mittelstand verfüge über zu wenig finanzielle Mittel, um neue Produkte und Innovationen zu entwickeln. Dies sei aber erforderlich, damit genügend Ausbildungsplätze für attraktive Berufe zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite sei der Mittelstand unzufrieden über die Schulabgänger, die sich bewerben. „Über 14 Prozent der jungen Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern, die Arbeit suchen, sind nicht ausbildungsfähig.“ Sie verfügten

meist über keinen qualifizierten Abschluss. Das Land habe zudem „grotteschlechte Löhne“. Der Durchschnittslohn liege knapp unter 2.000 Euro brutto. Das locke keinen Facharbeiter oder Handwerksmeister aus Baden-Württemberg nach Mecklenburg-Vorpommern, sagte Pastörs.



Fotos: Uwe Baleski

Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, warf der CDU vor, in der Debatte nur „Werbeblasen“ geliefert zu haben. Sie kritisierte auch das Onlineportal „Durchstarten in MV – Dein Land, deine Chance!“, das vom Wirtschaftsministerium im Rahmen seiner Imagekampagne seit Oktober 2009 betrieben werde. Die Informationen seien auch auf anderen Portalen zu bekommen und nicht auf die Zielgruppe abgestimmt, sagte sie. Zwar fehlen zunehmend junge Leute im Land, dennoch seien derzeit 3.400 Ausbildungsplätze unbesetzt, wies sie auf einen weiteren Punkt hin. Dies betreffe vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe. Die schlechte Bezahlung sei nur ein Problem, ein anderes die fehlende Zukunftsaussicht. So würden im Nordosten nur 50 Prozent der Auszubildenden von ihrem Betrieb übernommen. Der Bundesdurchschnitt liege gut zehn Prozentpunkte höher.

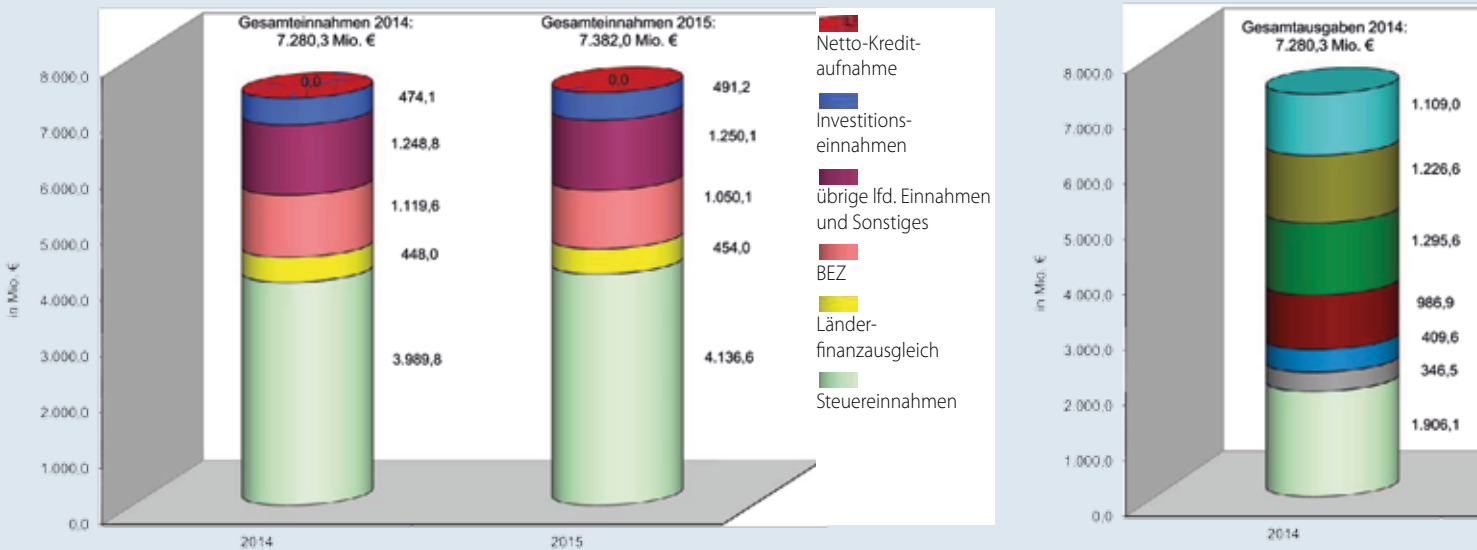
Arbeitsmarkt in M-V

In Mecklenburg-Vorpommern waren im September 2013 nach Angaben der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit 88.200 Menschen arbeitslos gemeldet, 2.200 weniger als im Vorjahresmonat. Das entspricht aktuell einer Quote von 10,4 Prozent und liegt somit 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert für September 2012. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze liegt aktuell (Juli 2013) bei 534.700. Dies sind 2.400 mehr Jobs als im Vorjahresmonat. Im Vergleich zum Vormonat August sank mit Beginn des Ausbildungsjahres die Arbeitslosigkeit der Unter-20-Jährigen um 18,5 Prozent.

Quelle: Wirtschaftsministerium M-V

Haushaltsplan-Entwurf 2014/2015 (Einnahmen)

Haushaltsplan-



Landtag beginnt Etatberatungen

Doppelhaushalt 2014/15 nach emotionsgeladener Debatte in die Ausschüsse überwiesen

Auf seiner ersten Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause hat der Landtag mit den Etatberatungen begonnen. In der emotionsgeladenen Generaldebatte am 4. September hielten Redner der Regierungsfractionen SPD und CDU am Sparkurs fest und lehnten weitere Zusatzausgaben des Landes ab. Die Opposition brachte zahlreiche Änderungsvorschläge ein. Nach mehrstündiger Diskussion wurde der Doppelhaushalt 2014/15 zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Den Entwurf hatte die SPD/CDU-Regierung noch vor der Sommerpause beschlossen. Änderungen daran und der Beschluss des Haushalts gelten als „Königsrecht“ des Parlaments.

Laut Entwurf sind für 2014 Ausgaben von 7,28 Milliarden und für 2015 von 7,38 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist mehr als im laufenden Jahr. Der Zuwachs resultiert nach Angaben des Finanzministeriums vor allem aus höheren Personalausgaben nach dem letzten Tarifabschluss. 50 Millionen Euro gibt es laut Etatentwurf zusätzlich für Schulen, 100 Millionen extra für Kommunen. Neue Schulden sollen weiterhin nicht gemacht werden.

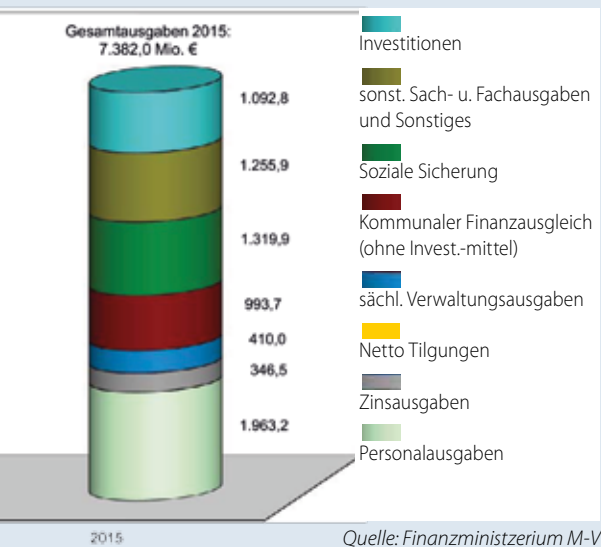
„Unsere Haushaltspolitik ist darauf gerichtet, dass wir in absehbarer Zeit unsere Zukunft aus eigener Kraft gestalten können“, betonte Ministerpräsident **Erwin Sellering** zum Auftakt der Beratungen. Forderungen der Opposition nach

weiteren Zusatzmitteln, etwa für Bildung, Kommunen oder die Energiewende, wies er in der Eröffnungsdebatte zurück. Er verteidigte den Finanzkurs der von ihm geführten Regierung. Das Land müsse sich auf sinkende Finanzmittel von Bund und EU einstellen und den demografischen Wandel bewältigen. Die SPD/CDU-Regierung habe Schwerpunkte in Zukunftsbereichen wie Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheitswirtschaft gesetzt und werde dafür mehr Geld ausgeben. Auch die maritime Wirtschaft könne weiterhin mit der Unterstützung des Landes rechnen. „Die Werften sind unsere industriellen Kerne“, unterstrich der Regierungschef.

Linksfraktionschef **Helmut Holter** machte deutlich, dass SPD und CDU nach seiner Meinung die Zukunftsfähigkeit des Landes gefährden. „Die Landesregierung entfernt sich mit diesem Haushalt zunehmend vom wirklichen Leben“, kritisierte Holter. Er forderte zusätzlich 50 Millionen Euro zur Qualitätsverbesserung an Schulen sowie zusätzliche Mittel für die Kommunen. Das Land habe zwar einen Notfonds über 100 Millionen Euro aufgelegt. „Von einer aufgabengerechten Finanzausstattung sind die Kommunen aber weiterhin meilenweit entfernt“, sagte der Politiker. Er forderte ein „Regionalbudget für Strukturentwicklung“, das in den kommenden beiden Jahren insgesamt 100 Millionen Euro betragen und den Kommunen zugute kommen soll. „Wir haben ein anderes Verständnis von solider Haushaltspolitik“, betonte er. Er sprach sich für eine nachhaltige und sozial gerechte Finanzpolitik sowie „kluge Investitionen“ aus. Um die Einnahmesituation zu verbessern, forderte er von der Landesregierung mehr Einsatz beim Bund, damit die Vermögenssteuer wieder eingeführt und der Spitzensteuersatz angehoben wird.

CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** warf der Opposition vor, mit „ungedeckten Schecks“ zu handeln. Die Koalitionsfrakti-

Entwurf 2014/2015 (Ausgaben)



onen dagegen würden für alle Vorschläge ein solides Finanzierungskonzept vorlegen. Auf zurückgehende Einnahmen könne nun mal nicht mit steigenden Ausgaben reagiert werden. „Unser Land wird am Ende des Jahres 2015 insgesamt zehn Jahre keine neuen Schulden mehr gemacht haben“, sagte Kokert. Dieser Kurs sei richtig und „absolut notwendig“ im Interesse der künftigen Generationen. „Wir wollen, dass unser Land seine Zukunft aus eigener Kraft meistern kann. Deshalb ist es vernünftig, Rücklagen für schwierige Zeiten zu bilden und Schulden zu tilgen. Damit wird die Zinslast für das Land verringert. Gleichzeitig schaffen wir dadurch die Voraussetzung für wichtige Investitionen“, betonte der Fraktionschef.

Kritik kam hingegen von den Grünen. Der Etat werde den Anforderungen des Landes nicht gerecht und weise mehrere „Chaos-Baustellen“ auf, sagte **Johannes Saalfeld**. Auch der Grünen-Finanzexperte bemängelte eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen. Der öffentliche Nahverkehr und der Klimaschutz kämen ebenfalls zu kurz, und die Zusatzmillionen für die Bildung würden an Grund- und Förderschulen kaum wirksam. „Sie lassen die Schwächeren in unserer Gesellschaft einfach im Regen stehen“, kritisierte Saalfeld. Andererseits gebe es Millionen für fragwürdige Projekte, wie die Hengstzucht in Redefin oder die Hubschrauber des Innenministeriums. Er hoffe, dass die vielen – von der Opposition bereits beantragten – Anhörungen den vorliegenden „Flickenteppich“ wenigstens in einigen Bereichen ausbessern. Es werde unter anderem Anhörungen zur Theaterfinanzierung, zur Beamtenbesoldung und zum sozialen Wohnungsbau geben.

Finanzministerin **Heike Polzin** (SPD) mahnte zum Maßhalten. Auch die inzwischen auf etwa 700 Millionen Euro angewachsenen Rücklagen des Landes dürften nicht zu neuen Dauerausgaben verleiten. Das Geld sei wichtig, um etwa auf

konjunkturelle Schwankungen reagieren oder im Bedarfsfall – wie bei den Werften – für Bürgschaften geradestehen zu können. „Wenn wir solche Vorsorge treffen, kann das nur vernünftig sein. Jede Hausfrau tut dies“, sagte die Ministerin. Der vorgelegte Haushalt sei ausgewogen, sichere weiterhin hohe Investitionen von einer Milliarde Euro im Jahr und weise „in ein Jahrzehnt ohne neue Schulden“, so Polzin. Der Ausgabenzuwachs resultiere vor allem aus höheren Personalkosten, die auf 1,9 Milliarden Euro pro Jahr kletterten. Damit müsse das Land inzwischen mehr als jeden vierten Euro für Gehälter, Bezüge und Pensionen ausgeben, sagte die Ministerin und verwies auf die Notwendigkeit weiteren Stellenabbaus. Mecklenburg-Vorpommern leiste sich noch immer 3.000 Stellen mehr als vergleichbare Bundesländer.

Nach Ansicht von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** verschweigen die Koalitionsredner „bewusst“ Zahlen und „belügen das Volk“. Die Zukunft des Landes werde wider besseres Wissen rosig ausgemalt. In Wahrheit hänge M-V am finanziellen Tropf von EU und Bund. Das Land sei aus eigener Kraft nicht lebensfähig. Es sei mit zehn Milliarden Euro verschuldet. Zudem hätten hunderttausende Menschen das Land verlassen. Er nannte die Wirtschaftspolitik „katastrophal“ und den Haushalt „ein asoziales Konstrukt“. Zudem bemängelte er die geringen Bruttolöhne, die Verarmung des Mittelstandes und die steigende Pro-Kopf-Verschuldung, die durch die Abwanderung noch verstärkt werde. Der Etatentwurf sei nicht gerecht, deshalb werde seine Fraktion auch einer Beratung in den Ausschüssen nicht zustimmen.

Tilo Gundlack, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, lobte den Entwurf, weil er einen „ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung“ ermögliche. An diesem Grundsatz werde seine Fraktion auch in den Beratungen festhalten, kündigte er an. Dennoch seien einige Steigerungen unumgänglich gewesen. Er nannte die Verbeamtung von Lehrern als ein Beispiel. Damit werde die Qualität an den Schulen verbessert. Er wies auch auf ein neues Verfahren zur Vergabe von Bürgschaften hin, das im Zusammenhang mit der umstrittenen Werftenfinanzierung diskutiert wurde. Künftig soll der Finanzausschuss vor der Bürgschaftsvergabe in die Entscheidungen eingebunden werden. Gundlack drängte darauf, den Haushalt noch in diesem Jahr zu verabschieden.

Am Ende der Debatte, in der sich weitere Redner aus den Fraktionen von CDU, DIE LINKE sowie der Bildungsminister zu Wort meldeten, wurde der Etat zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Nach dem Willen der Regierungsfaktionen soll der Doppelhaushalt noch in der Dezembersitzung in zweiter Lesung behandelt und beschlossen werden.

Entwurf Mittelfristige Finanzplanung 2013 – 2018

Drucksache 6/1998

Entwurf Haushaltsbegleitgesetz Drucksache 6/1999

Entwurf Haushaltsgesetz 2014/2015 Drucksache 6/2000

Hochwasserschutz

Koalitionsantrag angenommen /
Streit um Auenwälder

Der Landtag hat sich am 4. September für weitere Maßnahmen zum Küsten- und Hochwasserschutz ausgesprochen. Dies sei Daseinsvorsorge und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, begründete Katharina Feike (SPD) den Koalitionsantrag von SPD und CDU.

Seit 1991 habe Mecklenburg-Vorpommern etwa 96 Millionen Euro für die Sanierung, den Ausbau sowie die Unterhaltung der Deichanlagen ausgegeben. „Hervorragend angelegtes Geld“, sagte **Katharina Feike**, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Weiterer vorsorgender Hochwasserschutz sei nötig. Sie forderte unter anderem eine deutliche Minimierung der Flächenversiegelung, die Wiedergewinnung von Überschwemmungsflächen und die beschleunigte Umsetzung von Küsten- und Hochwasserschutzmaßnahmen. „Klar ist, Flüsse brauchen mehr Raum, wir können die Deiche nicht immer höher bauen“, sagte sie.

Mecklenburg-Vorpommern ist beim jüngsten Elbe-Hochwasser nach Einschätzung von Agrar- und Umweltminister **Dr. Till Backhaus** vergleichsweise glimpflich davongekommen. Während die Flut in Sachsen und Sachsen-Anhalt Milliarden Schäden anrichtete, seien die Schäden im Nordosten mit 7,7 Millionen Euro eher gering geblieben. Dennoch dürfe sich niemand in Sicherheit wiegen. Backhaus hält weitere Schutzmaßnahmen im Land für dringend geboten. „Jeder Euro, den wir in den Hochwasserschutz investieren, erspart uns ziffig höhere Kosten bei der Behebung der Folgen“, sagte der Minister. „Das kann unser Land nicht alleine stemmen. Dazu müssen alle Bundesländer und der Bund an einem Strang ziehen“, betonte er. Seine Pläne, im Elbevorland 20 Hektar Wald roden und weitere 15 Hektar auslichten zu lassen, um den Abfluss bei Hochwasser zu beschleunigen, stoßen bei den Grünen aber auf Widerstand.

Hochwasserschutz sei heute eine nationale und auch länderübergreifende Aufgabe, sagte **Regine Lück** (DIE LINKE). Darüber bestehe inzwischen weitgehend Einigkeit. „Deshalb begrüßen wir die Initiative Mecklenburg-Vorpommerns, sich für ein nationales Hochwasserschutzprogramm einzusetzen“, betonte sie. Für die Finanzierung eines vorbeugenden Hochwasserschutzes stehe auch der Bund in der Pflicht. „Wer Ackerland aufgibt, wer Flächen für die Rückverlegung von Deichen oder für Flutpolder zur Verfügung stellt, muss dafür entschädigt werden“, sagte sie. Der SPD/CDU-Antrag sei zwar sehr allgemein, ihre Fraktion werde dennoch zustimmen.

Burkhard Lenz (CDU) verteidigte die Pläne, Gehölze an den Rändern der Gewässer zu entfernen. Das könnte seiner Meinung nach das Hochwasserrisiko erheblich mindern. Da müsse der Naturschutz zurücktreten, um größere Schäden zu vermeiden. Seine Partei widerspreche auch dem Bestreben des Naturschutzbundes NABU, Ackerflächen großzügig stillzulegen. In jedem Fall müssten Landwirte hierfür entschädigt werden. Für Flutopfer forderte er eine schnelle Soforthilfe.

„Das dauerhafte und kostenintensive Sägen in Auengehölzen, die nach EU-Naturschutzrecht geschützt sind, kann kein Instrument eines ökologisch orientierten Hochwasserschutzes sein“, erklärte die Grünen-Abgeordnete **Jutta Gerkan**. Die Kosten seien mit etwa einer Million Euro hoch, die Effekte aber minimal. Sie forderte, Flüssen wie der Elbe wieder mehr Raum zu geben. Flächen für den vorsorgenden Hochwasserschutz sollten von Kommunen und Land angekauft und von der ackerbaulichen Nutzung ausgeschlossen werden. „Es ist ein Unding, mit immer höheren Deichen Maisäcker zu schützen“, betonte Gerkan.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** kritisierte „leere Worthülsen“ in dem Antrag. Er vermisse konkrete Maßnahmen. So würden inzwischen viele Versicherungen ablehnen, Bürger gegen Flutschäden zu versichern. Die Politik habe es versäumt, sich beispielsweise für eine Pflichtversicherung einzusetzen. Dennoch stimme seine Fraktion dem Antrag zu.

Der Antrag von SPD und CDU zur Fortsetzung der Hochwasserschutzprogramme wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.
Drucksache 6/2125



Foto: Landtag M-V

Landtag dankt Fluthelfern

Am 29. August hatte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Fluthelferinnen und Fluthelfer zu einem Empfang in die Orangerie des Schweriner Schlosses eingeladen. Sie dankte ihnen stellvertretend für die unzähligen engagierten Bürgerinnen und Bürger. „Es ist egal, ob jemand geholfen hat, Sandsäcke zu füllen, Essen und Getränke bereitzustellen oder Opfern und Helfern seelischen Beistand zu geben. Jede Hand hat in der Stunde der Not

gezählt“, sagte sie in ihrem Grußwort. Dass die Menschen einander beigegeben haben, sei für sie einmal mehr ein Beleg für eine lebendige Zivilgesellschaft. „Die Klammer, die unsere Gesellschaft zusammenhält, ist und bleibt Toleranz, Mitmenschlichkeit sowie die Verbundenheit zur Heimat“, betonte sie. Eine Tombola, für die Unternehmen und Vereine wertvolle Preise gestiftet hatten, erbrachte einen Erlös von 1.108 Euro, der über die Spendenaktion der Schweriner Volkszeitung Flutopfern zugutekommen wird.

Land der Generationen

Mecklenburg-Vorpommern altersübergreifend vermarkten

Mecklenburg-Vorpommern soll nach dem Willen von CDU und SPD mit neuen, altersübergreifenden Angeboten stärker als „Land der Generationen“ in den Fokus rücken. Auf Antrag der Regierungsfractionen forderte der Landtag auf seiner Sitzung am 5. September die Regierung auf, die Vermarktung des Nordostens in diese Richtung voranzutreiben.

Immer mehr ältere Leute interessierten sich für M-V als Reiseziel, sagte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) bei der Begründung des Antrags. Das bestätigen seinen Worten nach auch aktuelle „Handlungsempfehlungen zur Förderung des Tourismus in ländlichen Räumen“ des Bundeswirtschaftsministeriums. „Wir haben das Potenzial, uns als die gesundheitstouristische Destination schlechthin zu etablieren“, unterstrich der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion.

Auch die oppositionelle Linke würdigte in der Debatte Tourismus und Gesundheitswirtschaft als wichtige Wachstumsmotoren für den Nordosten, bezeichnete den Koalitionsantrag zwar als überflüssig, stimmte aber dennoch zu. Wichtige Ziele seien im „Masterplan Gesundheitswirtschaft 2020“ schon festgelegt, und für Ende Oktober sei bereits ein neues Marketingkonzept angekündigt. „Trauen Sie Ihrer eigenen Regierung etwa nicht?“, kommentierte Linke-Fraktionschef **Helmut Holter** den Koalitionsantrag. In erster Linie müsse ein „Land der Generationen“ über eine gute öffentliche Infrastruktur verfügen, die von allen genutzt werden könne. „Unabhängig vom Alter oder vom Geldbeutel des Einzelnen“, betonte Holter. Neben einem flächendeckenden Gesundheitssystem zählte er unter anderem Bildung und einen funktionierenden Nahverkehr dazu.

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** verwies auf Förderprogramme, mit deren Hilfe Wohnungen altersgerecht nachgerüstet und Barrieren im Alltag abgebaut werden sollen. Das Land fördere zudem Projekte für generationenübergreifende Urlaubsangebote. Neben Eltern mit Kindern würden zunehmend Großeltern mit ihren Enkeln Urlaub machen. Deshalb sei es wichtig, barrierefreie Urlaubsangebote auszubauen. „Das Ziel, beim generationsübergreifenden Urlaub vorn dabei zu sein, verlieren wir nicht aus den Augen“, versicherte der Minister.

Kritik kam von den Grünen. SPD und CDU blieben konkrete Angaben schuldig, „wie sie die Potenziale des Landes besser nutzen“ und auch der alternden Bevölkerung im Land gerecht werden wollten. So gebe es etwa ein großes Defizit an altersgerechten Wohnungen, beklagte **Jutta Gerkan**. Zudem solle die aktuelle Wohnraumförderung gekürzt wer-



Noch interessiert sich das Söhnchen von Ulrike Berger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nicht für die Debatten im Landtag. Aber nicht nur beim Thema „M-V als Land der Generationen“ ging es auch um seine Zukunft.
Foto: Uwe Balewski

den, kritisierte sie. In dem gesamten Antrag fehle eine politische Botschaft, ein politisches Bekenntnis für das Zusammenleben der Generationen im Land. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Rainer Albrecht (SPD) verwies auf die aktuelle Situation in M-V. Das Land sei stark vom demografischen Wandel betroffen, deshalb müsse der Zusammenhalt der Generationen besonders gefördert werden. Er rief dazu auf, die Entwicklung als Chance zu begreifen und zum Motor für die Entwicklung hier zu machen. Das gelte zum Beispiel für den Wohnungsbau. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die Bundesregierung, die die Mittel für die Städtebauförderung kürzte. Modellhafte Lösungen sollten dazu dienen, jungen Leuten langfristig eine Perspektive im Land zu sichern.

„Kinderland, Gesundheitsland“, zählte der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** auf. Viele Projekte seien schon angestoßen worden, aber dann zu „inhaltsleeren Worthülsen“ geworden. Er warf den Koalitionsfraktionen vor, mit dem Antrag lediglich Wahlpropaganda zu betreiben. Eine Kampagne „Land der Generationen“ bezeichnete er als Totgeburt. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Bernd Schubert (CDU) hob den sozialen Aspekt des Antrags hervor. Im Jahr 2030 werde der Anteil der über 65-jährigen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern über 30 Prozent betragen, betonte er. Die älteren Leute wollten möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben. Gesundes Altern zu ermöglichen, beträfe eine Vielzahl von Branchen. Bei der Vermarktung von Mecklenburg-Vorpommern als „Land der Generationen“ müssen seiner Ansicht nach gute Projekte als Leitideen für die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen bekannt gemacht werden. So gebe es bereits Wohnungsunternehmen, die sich gezielt der individuellen Bedürfnisse älterer Bürger annehmen.

Drucksache 6/2126

Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in M-V

Alter	2010	2030
jünger als 20	14,6 %	16,3 %
20 bis unter 65	57,7 %	52,0 %
65 Jahre und älter	27,7 %	31,7 %

Quelle: Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung M-V

Weitere Beschlüsse des Landtages

Theaterkonzept gefordert

Die oppositionelle Linke drängt die Landesregierung, schon bald ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Theater- und Orchesterlandschaft vorzulegen. Darin solle der Erhalt des künstlerischen Angebots in beiden Landesteilen auf hohem Niveau garantiert werden, heißt es in einem Antrag am 5. September. Das Konzept solle noch in die Haushaltsberatungen für die Jahre 2014/15 einfließen. Zudem solle „unverzüglich“ ein Theatergipfel einberufen werden, an dem alle Theater- und Orchesterstandorte des Landes vertreten sind. Der Antrag fand keine Mehrheit.

Drucksache 6/2129

Integrationsförderrat

Der Integrationsförderrat legte den Abgeordneten am 4. September seinen Tätigkeitsbericht für den Zeitraum von Januar 2009 bis Juli 2012 vor. Ziel seiner Arbeit ist es, unter anderem Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen herzustellen und Benachteiligungen abzubauen. Er unterstützt und berät die Landesregierung und besitzt Anhörungsrechte. Das Gremium, dem beispielsweise Vertreter von Behindertenverbänden und Ministerien angehören, ist zur regelmäßigen Berichterstattung verpflichtet.

Drucksache 6/1736

Beamtenbesoldung

Die rund 14.000 Landesbeamten in M-V sollen rückwirkend von Juli an zwei Prozent mehr Geld bekommen. Außerdem soll das Grundgehalt um einen einheitlichen Sockelbetrag von 25 Euro erhöht werden. Jeweils zu Jahresbeginn 2014 und 2015 sollen die Beamtenbezüge dann nochmals um je zwei Prozent angehoben werden. Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung, den Finanzministerin Heike Polzin am 4. September dem Landtag vorlegte, soll die Tarifierhöhung für die Angestellten des Landes, auf die sich die Tarifparteien im März 2013 geeinigt hatten, für die Beamten nachvollzogen werden. Polzin kündigte an, schon vor der Beschlussfassung im Landtag noch im Oktober Abschlagszahlungen an die Beamten zu leisten, damit diese nicht länger auf ihre Gehaltsaufbesserung warten müssten.

Drucksache 6/2113

Familiennachzug aus Syrien

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben mit einem gemeinsamen Antrag die Landesregierung aufgefordert, den Familiennachzug von Syrern im Land zu bezahlen. Redner beider Fraktionen begrüßten in der Debatte am

6. September, dass M-V in den kommenden Wochen 105 syrische Flüchtlinge aufnehmen. Für den zulässigen Nachzug von engen Verwandten seien die Hürden jedoch zu hoch. Die hier lebenden Syrer müssen sich den Rednern zufolge verpflichten, für die Unterbringung und Versorgung ihrer Angehörigen aufzukommen. Das könnten die meisten nicht leisten, hieß es zur Begründung. Der Antrag fand jedoch keine Mehrheit. In Mecklenburg-Vorpommern lebten Anfang September rund 300 Menschen aus Syrien.

Drucksache 6/2136

Vorsorgeuntersuchungen

Das vor fünf Jahren eingeführte Erinnerungssystem für Eltern, ihre Kinder zu Vorsorgeuntersuchungen zu bringen, wird zur dauerhaften Institution. Der Landtag änderte das entsprechende Gesetz am 6. September. Das System habe sich bewährt, hieß es übereinstimmend. Seit Einführung der Erinnerungsschreiben habe sich die Inanspruchnahme der Untersuchungen um zehn auf 95 Prozent erhöht, hieß es zur Begründung. Das Gesetz war bei seiner Verabschiedung 2008 zunächst auf fünf Jahre befristet worden. Eltern, die ihr Kind nicht zu den Vorsorgeuntersuchungen vorstellen, erhalten vom Landesamt für Gesundheit und Soziales ein Erinnerungsschreiben. Wer auch dann nicht reagiert, muss damit rechnen, dass Gesundheits- oder Jugendamt eingeschaltet werden.

Drucksache 6/2123



Foto: Jens Büttner

Immunität aufgehoben

Der Landtag ist am 4. September der Empfehlung des Europa- und Rechtsausschusses gefolgt und hat die Immunität des NPD-Abgeordneten **Tino Müller** aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg hatte diesen Schritt beantragt. Hintergrund sind laut Staatsanwaltschaft Ermittlungen im Zusammenhang mit einem Übergriff von rund 15 teilweise verummten Personen auf ein alternatives Wohnprojekt in Greifswald. Die mutmaßlichen Täter flüchteten mit drei Kleintransportern. Ein Transporter war eine halbe Stunde später von einer Polizeikontrolle auf der B 109 gestoppt worden. In dem Auto sollen die Tatverdächtigen gesessen haben, darunter der Landtagsabgeordnete Tino Müller.

Drucksache 6/2146

Veto gegen Gerichtsreform

Koalition hält an Vorhaben fest und lehnt Antrag von Linken und Grünen ab

Die Regierungsparteien SPD und CDU halten an der umstrittenen Gerichtsstrukturereform fest und lehnen die Prüfung des Vorhabens durch eine unabhängige Expertenkommission ab. Mit der Koalitionsmehrheit wiesen sie am 5. September im Landtag einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Die Oppositionsparteien hatten gefordert, die Reform zu stoppen und eine Expertenkommission die Notwendigkeit von Änderungen bei den Amtsgerichten untersuchen zu lassen. Laut Gesetzentwurf soll sich die Zahl der Amtsgerichte im Land von 21 auf zehn verringern, außerdem sollen sechs Standorte als Außenstellen erhalten bleiben. LandtagsNachrichten veröffentlichten Auszüge aus der Debatte.



Barbara Borchardt (DIE LINKE) brachte den gemeinsamen Antrag von Linken und Grünen in den Landtag ein. „Der vorliegende Gesetzentwurf ist wohl einer der schlechtesten, den eine Regierung diesem Haus jemals vorgelegt hat“, begründete sie die Forderung an die Landesregierung, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.

Als Ziel der Reform sei von Beginn an die drastische Reduzierung der Zahl der Amtsgerichte festgeschrieben gewesen. „Alles andere drum herum wurde passend gemacht“, warf Borchardt der Koalition vor.

Die dreitägige Anhörung von über 60 Sachverständigen hätte gezeigt, dass die Mehrheit der Experten gegenüber einer Justizreform offen sei, aber die Reform in der geplanten Weise ablehne. Den Bürgermeistern sei es dabei nicht nur um ihre eigene Stadt gegangen, sondern um die Entwicklung der Regionen, um Bürgernähe, um den Rechtsgewährungsanspruch, um die vorhandenen ehrenamtlichen Strukturen und um die möglichen finanziellen Folgen für die kommunalen Haushalte und den Landeshaushalt.

Insbesondere stellte Borchardt die Wirtschaftlichkeit der Reform in Frage. „Auch wenn es angeblich nicht um Einsparungen geht, hat die Wirtschaftlichkeitsberechnung zutreffend und belastbar zu erfolgen“, forderte sie. Niemand hätte die Effizienz größerer Einheiten bestätigen können, und bei der Frage nach den zehn Richterplanstellen als Mindestgröße „guckten alle Sachverständigen nur fragend Löcher in die Luft“.

Skepsis äußerte Borchardt auch in Bezug auf die Verfahrenskosten. Während die Landesregierung hierfür 250.000 Euro pro Jahr eingestellt habe, hätten Berechnungen des Rechtsanwaltsvereins Mehrkosten von 800.000 Euro ergeben. „Warum hat man seitens des Justizministeriums keine derartigen überschlägigen Berechnungen vorgenommen?“, fragte sie. Den Fachausschüssen warf die Linke-Abgeordnete vor, sich nicht ernsthaft mit den Argumenten der Reformkritiker auseinandergesetzt zu haben. „Soweit ich informiert wurde, gab es vonseiten der Abgeordneten der Koalition so gut wie keine Nachfragen, keinen Handlungsbedarf, in welche Richtung auch immer nachzubessern, und sei es bei der

konkreten Darstellung der Kosten für den Landeshaushalt“, kritisierte sie und kündigte an, dass die Redner von Linken und Grünen in der Debatte auf weitere Kritikpunkte zum Gesetzentwurf eingehen würden.

Eckpunkte der Reformpläne

AMTSGERICHTE

Die Zahl der Amtsgerichte wird von 21 auf zehn mit sechs Zweigstellen verringert. Bestehen bleiben selbstständige Amtsgerichte in Greifswald, Güstrow, Ludwigslust, Neubrandenburg, Pasewalk, Rostock, Schwerin, Stralsund, Waren und Wismar. Die Standorte Anklam, Bergen, Demmin, Grevesmühlen, Neustrelitz und Parchim werden zu Zweigstellen. Die bisherigen Amtsgerichte Bad Doberan, Hagenow, Ribnitz-Damgarten, Ueckermünde und Wolgast werden zeitlich gestaffelt aufgehoben.

ARBEITSGERICHE

Das Arbeitsgericht Neubrandenburg wird aufgehoben, die Zahl der erstinstanzlichen Arbeitsgerichte verringert sich somit auf drei (Rostock, Schwerin, Stralsund). Zugleich sollen in Neubrandenburg auswärtige Kammern des Arbeitsgerichts Stralsund eingerichtet werden. Das Landesarbeitsgericht bleibt in Rostock.

SOZIALGERICHTE

Die vier Standorte Rostock, Schwerin, Stralsund und Neubrandenburg bleiben erhalten. Das Landessozialgericht wird von Neubrandenburg nach Neustrelitz verlegt.

VERWALTUNGSGERICHE

Die bisherigen Standorte Schwerin und Greifswald bleiben erhalten. Einzelne Zuständigkeiten werden vom Verwaltungsgericht Schwerin an das Verwaltungsgericht Greifswald verlagert. In Greifswald befindet sich weiterhin das Oberverwaltungsgericht.

LANDGERICHTE und OBERLANDESGERICHT

sind unverändert in Rostock, Schwerin, Stralsund und Neubrandenburg. Das Oberlandesgericht sitzt weiter in Rostock.

FINANZGERICHT

Das Finanzgericht arbeitet weiterhin in Greifswald.

Ministerin Uta-Maria Kuder:

„Justiz langfristig zukunftsfähig machen“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit jetzt eineinhalb Jahren wird das Thema Gerichtsstrukturreform schon diskutiert. [...] Dennoch habe ich immer den Eindruck, [...], dass vieles bewusst falsch dargestellt, nicht verstanden oder einfach ignoriert wird. Deshalb will ich Ihnen erneut die Gründe für die Gerichtsstrukturreform wiederholen. [...]

Ziel dieser Reform ist es, für die Justiz im Land dauerhaft tragfähige Strukturen zu schaffen und damit die Justiz im Land langfristig zukunftsfähig zu machen. Und das habe ich von Anfang an auch so betont. [...] Anders als im Bereich von Wirtschaft oder Verwaltung können wir nämlich nicht flexibel und kurzfristig auf veränderte Rahmenbedingungen und Anforderungen reagieren. Richter können eben nicht nach aktuellem Bedarf einem Gericht zugewiesen werden. Gerichte können nicht durch Entscheidungen meines Ministeriums eröffnet, geschlossen oder zusammengelegt werden. [...] Wenn wir heute nicht handeln und uns gegen eine Neuordnung stellen, gefährden wir die Zukunft unserer Rechtspflege. [...] Größere Gerichtseinheiten sind überlebenswichtig für die Justiz in unserem Land. [...] Schon heute ist es an den kleineren Amtsgerichten unseres Landes in Urlaubszeiten oder bei Krankheitsfällen schwierig, eine ausreichende Vertretung zu gewährleisten. Und ich werde nicht warten, bis ein Schild an der Tür hängt: ‚Bis auf Weiteres wegen Krankheit geschlossen‘. Der Rechtsuchende hat nicht die Möglichkeit, sich ein anderes Amtsgericht zu suchen, denn eine Vertretung durch ein anderes Amtsgericht ist nicht möglich, eine Vertretungsregelung zwischen Haupt- und Zweigstelle dagegen schon. Größere Einheiten ermöglichen zudem eine Spezialisierung, die unbestreitbar zu einer effizienteren Verfahrenserledigung beitragen kann. [...]

Eine Reduzierung von 21 auf 16 ist weder eine Halbierung noch ein Kahlschlag, sie führt nicht zur Unerreichbarkeit der Gerichte und gefährdet auch nicht den Rechtsgewährungsanspruch. [...] Machen Sie sich doch bitte noch einmal deut-

lich, wie oft man zu Gericht muss! Ein Gericht gehört nun mal nicht zu den Einrichtungen des täglichen Bedarfs wie zum Beispiel Einkaufseinrichtungen oder ein Arzt. [...]

Und noch eins, meine Damen und Herren, [...] insbesondere von den Linken! Hartz-IV-Bezieher, Menschen mit Behinderungen, Rentner oder Kranke – all denen muten wir seit Langem den Weg zu den vier Sozialgerichten im Land zu, und das auch während Ihrer Regierungszeit. Da sind Sie nie auf die Idee gekommen, dass das unzumutbar für die Bürger im Lande ist. Und den Klägern an den Amtsgerichten soll das bei einer vierfach höheren Standortzahl nicht zumutbar sein?

Hartnäckig wird auch immer wieder behauptet, Zweigstellen bedeuten den Tod auf Raten, das hätten bundesweit alle Zweigstellen gezeigt. [...] Das war bisher so. [...] Und warum? Weil bundesweit alle Zweigstellen mit dem Ziel [...] etabliert wurden, diese zu schließen, sobald eine Aufnahme der Mitarbeiter am Hauptstandort möglich war. [...] Wir beschreiten hier neue Wege! [...] Als dauerhaft zu erhaltende Zweigstellen soll deren Existenz bundesweit erstmalig durch Gesetz gesichert werden. [...]

Ein anderer Punkt [...] ist die wiederholt geäußerte Befürchtung [...] eines Rückgangs des ehrenamtlichen Engagements, sei es bei den Schöffen oder den Betreuern. [...] Ein direkter Kontakt zwischen Betreuer und Gericht ist im Regelfall nur bei der erstmaligen Bestellung zwingend notwendig. Informationen und Beratung kann der Betreuer auch bei einem der 31 Betreuungsvereine im Land erhalten, deren vom Land geförderte Aufgabe die Unterstützung der ehrenamtlichen Betreuer ist.

Und nun noch kurz ein Wort zu den Schöffen. [...] Beispielsweise werden bereits heute in Wolgast, in Ueckermünde, in Anklam oder Grevesmühlen keine Schöffensachen verhandelt. Und das wird nur allzu gern in der Diskussion unterschlagen.

In Ihrem Antrag und auch eben sprechen Sie weiterhin die finanziellen Auswirkungen der Reform an. Anders als Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, suggerieren, wurden diese bereits dargestellt. [...] Es geht, ich wiederhole es, vielmehr um eine effiziente und zukunftsfähige Justiz. Dieser positive Effekt lässt sich überhaupt nicht in Euro und Cent berechnen. Dennoch wird die Strukturveränderung auch zu ganz handfesten Einsparungen führen [...] vor allem bei den Unterbringungskosten für die Justizdienststellen. [...] Auch wenn wir an einigen Standorten investieren müssen, führt die Reform in der Gesamtrechnung über einen Zeitraum von 25 Jahren nach dem aktuellsten

„ Ein Gericht gehört nicht zu den Einrichtungen des täglichen Bedarfs. “



Bürgermeister von betroffenen Kommunen bei der Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss.

Foto: Landtag M-V

Stand immer noch zu Einsparungen von rund 33 Millionen Euro. [...] Und damit ist die Reform auch wirtschaftlich sinnvoll. [...]

Ein weiterer, vielfach angesprochener Punkt [...] ist die Entwicklung der Verfahrenskosten. Diese lässt sich nun mal schwer einschätzen. [...] Wir sind hier verschiedenen Berechnungsansätzen nachgegangen und haben schließlich einen Betrag von 250.000 Euro pro Jahr über 25 Jahre in die Berechnung eingestellt. Auch wenn dabei vieles unsicher ist, eines steht jedoch fest: Die in der Anhörung angesprochenen Berechnungsversuche der Anwaltschaft oder einzelner Gerichtsdirektoren, die können nicht zugrunde gelegt werden. [...] Das ist dem Finanzausschuss ganz deutlich dargelegt worden. [...]

Gestatten Sie mir noch, ein letztes grundlegendes Missverständnis auszuräumen. Justiz hat weder die Aufgabe noch ist sie geeignet, nachhaltig die ländlichen Räume zu stärken oder sonst Strukturpolitik zu machen. [...]

Lassen Sie mich abschließend noch einmal zu der von Ihnen geforderten Expertenkommission kommen. Durch den federführenden Europa- und Rechtsausschuss sind in drei Terminen eine Vielzahl von Betroffenen und Sachverständigen angehört worden, und natürlich gab es da auch kritische Stimmen.

Aber jetzt mal ehrlich [...]: Womit haben Sie denn gerechnet? [...] Keine Expertenkommission dieser Welt wird für eine Reform eine Zustimmung erhalten, wenn nur die unmittelbar betroffenen Bürgermeister oder Gerichtsdirektoren befragt werden. Und genau das ist hier geschehen.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das stimmt doch nicht. Landräte.)*

[...] An der Gesetzesreform haben in meinem Hause vor allem Richterinnen und Richter gearbeitet [...], auch ehemalige Amtsrichter. Die Mitarbeiter des Betriebes für Bau und Liegenschaften sind Profis auf dem Gebiet Bau, Bauunterhaltung und Betrieb.

Welches zusätzliche Wissen sollte eine Expertenkommission da noch haben? [...] Einfallen würde mir hier vor allem der Präsident des Oberlandesgerichts Rostock oder aber der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht und jet-

zige Präsident des Bundesfinanzhofes Professor Mellinghoff. [...] Und beide Sachverständige haben die Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Reform bestätigt.

Ich denke, es ist Zeit, eine Entscheidung zu treffen, eine Entscheidung im Sinne einer zukunftsfähigen, effizienten und damit bürgerfreundlichen Justiz in Mecklenburg-Vorpommern. – Herzlichen Dank.“

Weitere Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss zur geplanten Änderung der Gerichtsstruktur

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Gerichtsstruktur im Lande, Drucksache 6/1620, stand am 28. August 2013 erneut im Mittelpunkt der Beratungen des Europa- und Rechtsausschusses.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung alle von Standortverlusten betroffene Kommunen sowie einen Sachverständigen angehört, der im Auftrag des Richterbundes ein Gutachten zur Erweiterung des Justizzentrums in Stralsund angefertigt hatte. Auf diese weitere Anhörung hatte sich der Europa- und Rechtsausschuss am Schluss der ersten Anhörungen zum Gesetzentwurf am 5. und 6. Juni 2013 verständigt.

In der zweiten öffentlichen Anhörung haben sich alle Vertreter der Kommunen gegen die geplante Reform ausgesprochen. Viele argumentierten mit den Folgen der Reform für ihre Kommune sowie die Region und betonten in der anschließenden Diskussion, dass Amtsgerichte in Mittelzentren gehörten. Der Baugutachter erklärte den Abgeordneten, wie er zu dem Ergebnis gekommen sei, dass eine Aufstockung des Justizzentrums in Stralsund seiner Prüfung zufolge 3,2 Millionen Euro kosten werde.

Im Kern der Diskussion mit den Abgeordneten standen neben Fragen zum vorbezeichneten Gutachten die künftige Gewinnung von ehrenamtlichen Richtern, die zukünftigen Entfernungen zu den Amtsgerichten, die Bedeutung eines Mittelzentrums sowie weitere Themen.

In einer weiteren Sitzung wird der Ausschuss nun eine Auswertung der öffentlichen Anhörungen gemeinsam mit der Justizministerin, dem Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Bürgerbeauftragten vornehmen und über das weitere Vorgehen beraten.

Heinz Müller, SPD:

„Gesetzentwurf vernünftig zu Ende diskutieren“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Monaten habe ich häufiger aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE – mehrfach war es die Kollegin Rösler, gestern war es der Parlamentarische Geschäftsführer Peter Ritter – eine Argumentation gehört, in der den Koalitionsfraktionen vorgeworfen wird, dass sie, na ja, sich vielleicht nicht so ganz vernünftig verhalten, wenn sie Anträge, Gesetzentwürfe der Opposition nicht in die Ausschüsse überweisen, sondern wenn sie solche Gesetzentwürfe gleich ablehnen. Es ist doch, so erklärten uns die Vertreter der Linken, eigentlich vernünftig, dass man einen solchen Gesetzentwurf zunächst einmal in den Ausschüssen berät, vielleicht könne man ja sogar aus einem schlechten Gesetzentwurf noch etwas Gutes machen, und dass man nach einem solchen geordneten Verfahren dann hier zu einer Entscheidung kommt. ‚Hier‘ heißt: im Plenum.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie an unserem Verhalten bemerkt haben, teilen wir diese Einschätzung der Kollegen aus der Fraktion DIE LINKE nicht, sondern wir haben hier wiederholt – und wir stehen dazu – Gesetzentwürfe der demokratischen Opposition unmittelbar abgelehnt, zum letzten Mal gestern.

Aber schauen wir uns doch einmal an, wie sich diejenigen verhalten, die sozusagen den moralischen Zeigefinger erheben und uns vorwerfen, dass wir hier keine korrekten parlamentarischen Verfahren ausüben.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben einen Gesetzentwurf, der von diesem Plenum in die Ausschüsse überwiesen worden ist, bereits bewertet und beurteilt, im Juni nämlich, als Sie einen Antrag eingebracht haben, dass dieser Gesetzentwurf so schlecht ist, dass man ihn zurückziehen möge. Sie haben diese Bewertung vorgenommen zu einem Zeitpunkt, als die Ausschüsse ihre Anhörungen noch nicht einmal beendet hatten. [...]

Und Sie geben dem federführenden und zum damaligen Zeitpunkt, zum Zeitpunkt Juni dieses Jahres, auch den mit-

beratenden Ausschüssen nicht einmal die Gelegenheit, diese Anhörungen auszuwerten. Dass Sie aus diesen Anhörungen bestimmte Meinungen aufnehmen und sich eine Position herausarbeiten, ist Ihr gutes Recht, aber lassen Sie doch bitte dem Ausschuss – in diesem Fall, im Juni, waren es die Ausschüsse, nämlich auch die mitberatenden Ausschüsse – wenigstens die Möglichkeit, diese Anhörungen auszuwerten und sich darüber zu verständigen. Nein, diese Möglichkeit wollten Sie den Ausschüssen nicht geben, sondern Sie sagen gleich, wir haben schon gehört, was wir hören wollten, nämlich, dass dieser Gesetzentwurf überhaupt nichts taugt, und deswegen ist er zurückzuziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so mit der Beratung eines Gesetzentwurfes in Ausschüssen umgeht und gleichzeitig uns vorwirft, dass wir uns unkorrekt verhalten, zu dem kann ich nur sagen, Sie predigen öffentlich Wasser, aber Sie trinken heimlich Wein. Denn das, was Sie tun, ist wesentlich schlimmer: Sie täuschen vor, es würde eine vernünftige Beratung im Ausschuss stattfinden, aber Sie halten einen Abschluss dieser Beratungen überhaupt nicht für notwendig. Wir beraten hier heute oder wir sollen hier heute über einen Gesetzentwurf beraten, der im Europa- und Rechtsausschuss liegt und wo die Empfehlung des Europa- und Rechtsausschusses überhaupt noch nicht vorliegt, weil sich der Europa- und Rechtsausschuss abschließend mit diesem Gesetzentwurf überhaupt noch nicht befasst hat.

Und deswegen, lieber Kollege Saalfeld, natürlich werden wir zum Inhalt reden, da machen Sie sich mal keine Sorgen, da werden wir auch unsere Argumente darbringen, aber zunächst einmal möchte ich hier zum Verfahren reden, denn es ist auch ein Antrag zum Verfahren, dass dieser Gesetzentwurf zurückzuziehen sei. Und deswegen rede ich zum Verfahren. Dieser Gesetzentwurf ist noch nicht mal in dem Ausschuss, in den wir ihn federführend überwiesen haben, zu Ende beraten worden. Und bevor ich zu inhaltlichen Beratungen komme, würde ich ein Votum des federführenden Ausschusses gerne abwarten. [...]

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, stellen wir fest: Dieser Gesetzentwurf ist im zuständigen Ausschuss nicht abschließend beraten worden. Der zuständige Ausschuss hat nicht einmal die Möglichkeit gehabt, diese Anhörungen tatsächlich auszuwerten. Der federführende Ausschuss hat nicht die Möglichkeit, sich mit den Voten der mitberatenden Ausschüsse zu befassen. Und deswegen, von einem geordneten parlamentarischen Verfahren kann man überhaupt nicht sprechen, wenn wir jetzt hier den Stab über diesen Gesetzentwurf brechen wollten und sagen würden, das taugt alles nichts.

Ich würde gerne, und da bin ich nicht allein, da spreche ich für die Koalition, wir würden gerne hier, lieber Kollege Ritter und liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, ein geordnetes parlamentarisches Verfahren weiterführen und diesen Gesetzentwurf ordnungsgemäß beraten. Und deswegen, das können Sie sich vorstellen, werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen. Wir werden uns dann damit

„ Sie missachten die Arbeit dieses Ausschusses, indem Sie das Ergebnis vorwegnehmen. „

auseinandersetzen, was in der Anhörung gesagt worden ist. Und wir werden uns damit auseinandersetzen, was die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf vorträgt und was in wesentlichen Punkten hier von der Justizministerin noch einmal zusammengefasst worden ist.

Wir werden uns beispielsweise die Frage stellen müssen, ob das Argument, dass wir den Bürgern Rechtsstaatlichkeit nicht mehr gewährleisten können, weil wir die Zahl der Amtsgerichtsstandorte von 21 auf 16 reduzieren, ob dieses Argument eigentlich trägt. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, wie wir das eigentlich mit den Arbeitsgerichten halten. Gerade bei der Fraktion der Linken finde ich es sehr interessant, bemerkenswert, dass das Thema Arbeitsgerichte hier offenkundig überhaupt keine Rolle gespielt hat. Und wir haben eine Situation, wo wir im Land mit vier Arbeitsgerichten operieren werden. Wie ist es denn dort mit der Gewährleistung des Rechtsstaates und mit der Gewährleistung der Interessen der Bürger? Wie ist es denn dort mit den Fahrbeziehungen zum Arbeitsgericht? Und dort ist die Anwesenheit von Verfahrensbeteiligten sehr häufig erforderlich. Wir wissen alle, dass Arbeitsgerichte sehr häufig versuchen, Konflikte im Wege eines Vergleiches aus der Welt zu schaffen. Darüber haben Sie nicht ein einziges Wort verloren. Und da redet kein Mensch – bei vier Standorten im Land! – über Entfernungen. Und bei 16 Amtsgerichten soll das plötzlich das Ende des Rechtsstaates sein?

Meine Damen und Herren, mit solchen Argumentationslinien werden wir uns auseinandersetzen. Ich denke, wir werden das im Europa- und Rechtsausschuss tun und wir werden es dann, wenn die Empfehlung des federführenden Ausschusses vorliegt, auch hier im Plenum tun.

Zum Thema Mehrkosten, angebliche Mehrkosten, kann ich nur auf das verweisen, was die Justizministerin hier schon ausgeführt hat. Es geht nicht zentral darum, Kosten zu reduzieren, sondern es geht zentral darum, Justiz zukunftsfähig zu machen. Und dabei muss man dann allerdings auch gucken, was hat denn das für Kostenfolgen, sind das möglicherweise negative? Nein, es sind positive.

Wenn wir uns bei den positiven Kostenfolgen vielleicht über zwei oder drei Millionen mehr oder weniger noch nicht ganz einigen können, es verschiedene Schätzungen gibt, dann mag dies so sein. Am Ende bleibt, dass das, was justizpolitisch sinnvoll ist, auch finanzpolitisch positive Effekte mit sich bringt. Und dann plötzlich, wie es Ihr Antrag tut, von Mehrbelastungen zu sprechen, das entspricht überhaupt nicht den Realitäten. Darüber würde ich gerne mal reden.

Und ich würde dann gerne auch mal darüber reden, liebe Kollegin Borchardt, warum Sie denn, wenn Sie sagen, der Landesrechnungshof müsste doch mal begründen, warum er hier keine eigenen Untersuchungen macht, warum Sie denn keine Frage an den Landesrechnungshof gestellt haben, warum Sie im Finanzausschuss nicht darauf bestanden haben, dass er dazu Stellung nimmt.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns den Gesetzentwurf vernünftig zu Ende diskutieren. Ich bin ganz sicher, viele der vorgetragenen Dinge, auch aus Ihrer Rede, Frau Borchardt, lösen sich dann in Luft auf und wir werden hier zu einer vernünftigen abschließenden Beratung kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend feststellen, der Antrag, wie er uns hier von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den LINKEN vorliegt, ist eine klare Missachtung dessen, was eigentlich noch im Europa- und Rechtsausschuss stattfinden soll, denn die Beratungen dort stehen erst noch an. Sie missachten die Arbeit dieses Ausschusses, indem Sie jetzt schon das Ergebnis vorwegnehmen. Dieser Antrag straft und dieses Verhalten straft Ihre eigenen moralischen Vorhaltungen gegenüber der Koalition Lügen und ist eigentlich nur ein plumper Versuch, hier zu einem für Sie, wie Sie vielleicht meinen, politisch günstigen Zeitpunkt ein Thema in die Öffentlichkeit zu ziehen

*(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Da ist es lange, Herr Müller.)*

und zu diskutieren in diesem Plenum,

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Seit
anderthalb Jahren reden wir darüber.)*

ja, in die Öffentlichkeit dieses Hauses, dieses Plenums zu ziehen. [...]

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns den vernünftigen parlamentarischen Weg gehen! Lassen Sie den Europa- und Rechtsausschuss die Angelegenheit abschließend beraten und uns eine Empfehlung vorlegen! Das ist ein vernünftiges parlamentarisches Verfahren und alles andere machen wir nicht mit. – Vielen Dank.“



Schülerinnen und Schüler vom Deutsch-Polnischen Gymnasium Löchnitz verfolgen auf der Besuchertribüne die Debatte.
Foto: Cornelius Kettler

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Funktionierende Strukturen werden zerschlagen“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung sollen [...] elf der bislang 21 Amtsgerichte im Land aufgehoben werden. Damit verfolgt die Landesregierung nach eigener Auskunft folgende Ziele: Qualitätssicherung in der Rechtsprechung, effiziente Personalstrukturen, erleichterte Nachwuchsgewinnung, Orientierung an den modernen Verwaltungsstrukturen des Landes und [...] bürgerfreundliche Aufgabenerfüllung.

Mit der Aufhebung von elf der 21 Amtsgerichte wird die Landesregierung diese Ziele jedoch nicht erreichen. Das haben die [...] Anhörungen eindrucksvoll gezeigt. [...]

Gehen wir die [...] Zielsetzung der Landesregierung Punkt für Punkt durch.

Die Qualität der Rechtsprechung will die Landesregierung durch effiziente Personalstrukturen sichern. Das heißt ja wohl, dass die Landesregierung die bisherige Qualität der Amtsgerichte für ungenügend erachtet oder sie in Zukunft für hochgradig gefährdet hält. [...]

Wenig aussagekräftig ist die im Gesetzentwurf zitierte Kienbaum-Studie [...] aus dem Jahre 1991 [...]. Dass Gerichte mit mindestens zehn Richterplanstellen besonders effektiv seien, ist aber nicht einmal dieser völlig veralteten [...] Studie zu entnehmen, [...]. Also auch das zweite angebliche Ziel des Gesetzentwurfs, [...] effektive Personalstrukturen [...], geht fehl, weil eine angebliche Verbesserung in Form der Konzentration empirisch nicht nachweisbar ist. [...]

Zum dritten [...] Ziel der Gerichtsstrukturreform. Aufgrund der Altersstruktur in der Justiz stelle die Nachwuchsgewinnung [...] eine der Herausforderungen der Zukunft dar. Das ist ja erst einmal unstrittig. [...] Dieser Herausforderung will die Landesregierung durch eine Ansiedlung der Gerichte an attraktiveren Standorten begegnen. [...] Ich sage Ihnen, dass die Strategie der Landesregierung ins Leere läuft, näm-

lich Fachkräfte immer nur in den Zentren zu suchen. Wenn das alle machen, wird der Fachkräftemangel nur noch größer, die Landflucht wird beschleunigt und das Potenzial des ländlichen Raums vernachlässigt. Die Landesregierung widerspricht mit dem bisherigen Gesetzentwurf ihrer eigenen Zielstellung, sie lässt den ländlichen Raum ausbluten und setzt falsche Anreize, die zur weiteren Verstädterung führen [...].

Zum vierten angeblichen Ziel: Nach dem Willen der Landesregierung soll sich die Struktur der Amtsgerichte, ich zitiere, ‚an den Zentren orientieren, die sich durch die Kreisgebietsreform herausbilden, soweit dies mit den Belangen der Rechtsuchenden und der Justiz in Einklang zu bringen ist‘ [...]. Hierzu stellt der Vorsitzende des Richterbundes fest, dass sich die Kreisverwaltungen auch nicht auf die Kreissitze konzentriert haben, sondern die dringende Notwendigkeit sahen, in der Fläche mit Nebenstellen präsent zu sein.

[...] hier wird wieder mit unterschiedlichem Maß gemessen. Entweder setzt sich die Landesregierung für die tatsächliche Konzentration der Kreissitze ein und kann diese Struktur dann auch glaubwürdig als Argument [...] anführen, oder aber sie hat es zu unterlassen, Gerichte und Kreise mit unterschiedlichem Maß zu messen. [...]

Zum fünften [...] Ziel: Was die bürgerfreundliche Aufgabenerfüllung anbelangt, war die Anhörung der von der Gerichtsstrukturreform direkt betroffenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr aufschlussreich. Sie trugen vor, dass [...] ein weiterer Rückzug des Staates aus der Fläche nicht zugemutet werden könne. Die Anfahrtswege zu den Amtsgerichten werden sich zum Teil massiv verlängern. Künftig sind die zuständigen Amtsgerichte aus einer Reihe von Gemeinden mit öffentlichem Personenverkehr nicht mehr zu erreichen. [...]

„ Dieses Vorhaben muss sehr viel ernsthafter geprüft werden. “

Mit diesem Gesetz werden gut funktionierende Strukturen ohne Not zerschlagen, und das, obwohl sich ein finanzieller Nutzen der Reform derzeit nicht absehen lässt. Die Erforderlichkeit dieses Vorhabens muss sehr viel ernsthafter geprüft werden, als dies bisher geschehen ist. Zu diesem Zweck fordern wir die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission. [...]

Wir fordern die Landesregierung daher auf, den [...] Gesetzentwurf zurückzuziehen, denn es ist kein Zeichen von politischer Schwäche, wenn man in einem politischen Prozess die eigene Position überdenkt und korrigiert. Einem Neustart des Reformprozesses würde sich auch die Bündnisgrüne-Landtagsfraktion nicht verschließen. [...] Vielen Dank.“

Andreas Texter, CDU:

„Hier spielt man mit Emotionen“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht des bisher Gesagten, glaube ich, kann ich mich kurzfassen.“

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wie ist das mit Ueckermünde? – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gerichtsstrukturreform beschäftigt uns nun schon seit geraumer Zeit. In vielen Ausschusssitzungen ist darüber debattiert worden und wir haben, wie hier schon ausführlich dargestellt, Sachverständige gehört. Das Gesetzgebungsverfahren ist mittlerweile sozusagen in seiner finalen Phase. Noch am letzten Mittwoch – das ist ja hier auch schon mehrfach erwähnt worden – sind Bürgermeister der betroffenen Kommunen angehört worden. Meiner Meinung nach hätten wir das gleich mitmachen sollen. Ich denke mal, das wäre eigentlich besser gewesen, wenn wir die Vertreter der jeweiligen Kommunen bereits in das erste Anhörungsverfahren mit eingeschlossen hätten, aber ich denke, wir alle waren uns sehr schnell einig, dass wir das nachholen, und das ist dann in der vergangenen Woche passiert.

Alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der geladenen Kommunen waren gut vorbereitet, das haben wir alles schon gehört, und haben sich natürlich für ihre Gerichtsstandorte eingesetzt. Wen wundert es? Für viele der Beteiligten – Justizangestellte, Richter oder Politiker – ist diese Reform nicht nur eine politische, sondern auch eine emotionale Angelegenheit. Das ist auch klar, dies wurde an der medialen Begleitung in der vergangenen Woche allzu deutlich.

Meine Damen und Herren von der Opposition, mit diesem Antrag scheinen Sie wohl auch mit dieser Emotionalität in der Sache etwas spielen zu wollen. Das finde ich unredlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Antrag stammt aus dem Juni. Sie erinnern sich, er wurde abgelehnt. – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Warum wollen Sie jetzt an dieser Stelle das parlamentarische Verfahren beenden?“

Noch am Ende der zweiten Anhörung – das haben wir also auch hier schon gehört, Herr Müller hat das ausführlich dargestellt – haben wir gemeinsam beschlossen, die Anhörung zu erweitern. Aber siehe da, das war am 6. Juni. Siehe da, keine 14 Tage später entschließen Sie sich von der Opposition und stellen einen Dringlichkeitsantrag, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen – mitten im parlamentarischen Verfahren. Also wie gesagt, ich wiederhole mich noch mal, Herr Müller hat das ausführlich dargestellt: Hier spielt man mit Emotionen, das ist nicht redlich, das können wir so nicht mittragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Billige Ausrede.)

Zwischenzeitlich hatten sich auch keine neuen Fakten ergeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach so?)

Frau Justizministerin Kuder hat das in ihrer ausführlichen Rede auch dargestellt, und im Ergebnis der Anhörung, das ist ganz klar, ist herausgekommen, das Ansinnen, das ursprüngliche Ansinnen des Reformvorhabens ist grundsätzlich ja nicht infrage gestellt worden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach nee, Herr Texter!)

Warum haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht unmittelbar im Anschluss an die Anhörung im Juni nach einer Expertenkommission gerufen beziehungsweise die Rücknahme des Gesetzentwurfes gefordert? Sie haben erst zugestimmt, dass Sie das parlamentarische Verfahren durchziehen,



Foto: Jens Büttner

*(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die Expertenkommission fordert
Frau Borchardt von Anfang an, Herr Texter.
Erzählen Sie doch nicht so einen Unsinn!)*

Herr Ritter. Das ist kein Unsinn.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich, von vorn
bis hinten. – Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert, was Ihren Antrag rechtfertigen würde.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

Wir befinden uns mitten in dem parlamentarischen Verfahren. Und auch aus dem Brief der vorpommerschen Bürgermeister von letzter Woche darf ich zitieren, der mit folgender Aufforderung endet, Zitat: ‚An die Damen und Herren Landtagsabgeordnete: Stellen Sie unter Beweis, dass Ihnen die Demokratie in unserem Bundesland wichtig ist!‘ Und dazu gehört, dass man das parlamentarische Verfahren jetzt auch zu Ende bringt.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ein Spaßvogel.)

Wir haben weiterhin vereinbart im Europa- und Rechtsausschuss, dass auch noch mal die Landesregierung, dass der Bürgerbeauftragte angehört wird und auch noch mal der BBL (Landesbetrieb für Bau und Liegenschaften. d. Red.). Warum verschließen Sie sich dem? Warum wollen Sie jetzt an dieser Stelle das parlamentarische Verfahren beenden? Das ist nicht nachvollziehbar.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Auch wenn Sie lachen, Herr Ritter, macht es die Sache nicht besser.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, weil das so
spaßig ist, Herr Texter, weil es so spaßig ist.)*

Nein, das ist überhaupt nicht spaßig, leider ist es nicht spaßig.

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber eigentlich
ist es traurig. Da haben Sie recht.
Eigentlich ist es traurig, das stimmt.)*

Geben Sie uns die Gelegenheit, im Europa- und Rechtsausschuss die Anhörungsverfahren auszuwerten!

*(Peter Ritter, DIE LINKE: So wie im Innen-
ausschuss, einen Tag danach und dann weg.)*



Während im Plenarsaal die Abgeordneten das Für und Wider der Gerichtsstrukturreform debattierten, demonstrierten vor dem Schloss Gegner und Kritiker der Reformpläne.

Foto: Landtag M-V

Bis dahin haben wir die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse anzuhören, nämlich die Empfehlungen, und am Ende des Verfahrens können und dürfen wir darüber befinden, ob dieses Gesetzgebungsverfahren mit Zustimmung, Änderung oder vollständiger Ablehnung endet. Es gilt nun, die Informationen, die wir haben, im Ausschuss auszuwerten und eine entsprechende Beschlussempfehlung für den Landtag zu erarbeiten. [...]

Also ich komme zum Schluss: Es gilt nun, die Informationen – ich wiederhole mich noch mal – im Ausschuss auszuwerten und eine entsprechende Beschlussempfehlung für den Landtag zu erarbeiten. Die endgültige Entscheidung über die Gerichtsstrukturreform wird hier im Plenum fallen, so, wie es im Gesetzgebungsverfahren vorgeschlagen ist.

Wir werden diesen Antrag selbstverständlich ablehnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Sie wollen diese Reform durchpeitschen“



Foto: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...] 36.000 Menschen unterschreiben in kürzester Zeit eine Volksinitiative. Schwerin hat eine Demonstration erlebt, die gab es vorher nicht. Richterinnen und Richter in Roben gemeinsam mit Bürgermeistern und Beschäftigten der Gerichte zogen durch Schwerin und demonstrierten gegen diese beabsichtigte Gerichtsstrukturreform, eine eindrucksvolle Kundgebung vor dem Schloss, zu der Sie übrigens eingeladen waren zu sprechen. Einige von Ihnen haben an der Kundgebung als Zuhörerinnen und Zuhörer teilgenommen, aber Sie haben nicht das Kreuz gehabt, auf dieser Kundgebung zu den Demonstrierenden zu sprechen und die Gründe für die Gerichtsstrukturreform zu erläutern [...]

Ja, und dann greifen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu Briefen, wo sie sich in einem sehr barschen und harschen Ton gegenüber dieser Reform ausdrücken. [...]

Aber wir haben hier eine Reform, wo es einen solchen großen Widerstand im Lande gibt, wo ich einfach nur sagen kann, wer nach Gutsherrenart regiert, der braucht sich nicht zu wundern, dass er einen solchen Widerstand erfährt in Mecklenburg-Vorpommern. [...]

Inzwischen pfeifen es doch die Spatzen von den Dächern, dass die geplanten Einsparungen in dieser Form nicht zu realisieren sind und dass diese Reform nicht kostenneutral sein wird. Sie wird Geld kosten, und das nicht wenig [...]

Aber Sie hatten ja gehofft, dass sich mit der demografischen Entwicklung die Geschäftseingänge reduzieren werden. Das ist aber nun durch den erheblichen Anstieg in Betreuungssachen nicht der Fall. Das Gegenteil ist eingetreten. Und wenn die Geschäfte nicht von allein zurückgehen, dann muss man nachhelfen, dann muss man dafür sorgen, dass das eben passiert. Man erschwert den Zugang zu den Gerichten derart, dass viele auf die Justiz verzichten werden. [...]

Das, meine Damen und Herren, ist aber nichts weiter als die absichtliche Verweigerung von Verfassungsrechten. Mir ist unverständlich, wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einem solchen Vorhaben zustimmen. [...]

Lassen Sie mich noch mal zu dem offenen Brief der Bürgermeister aus Vorpommern zur Gerichtsstrukturreform kommen. Genau genommen ist dieser Brief eine Kritik an der gesamten Strukturpolitik der Landesregierung. Nun sagt Frau Kuder, die Justiz ist nicht zuständig für Strukturentwicklungen, aber ein Amtsgericht in einer Stadt zu haben oder nicht zu haben, hat etwas mit Struktur zu tun. In dem Sinne ist auch die Amtsgerichtsstrukturreform, die Gerichtsstrukturpolitik. [...]

Der Bürgermeister von Ueckermünde, Gerd Walther, hat es doch in der Anhörung deutlich gesagt: Wenn sich der Ministerpräsident hinstellt und behauptet, eine Abschaffung von mehr als der Hälfte der Amtsgerichte würde zu mehr Bürgernähe führen, dann fragen sich die Bürgerinnen und Bürger doch, für wie dumm sie in Schwerin verkauft werden sollen. [...]

Und dann sind einige Leute in diesem Landtag pikiert, wenn Bürgermeister Galander aus Anklam in der Anhörung meinte, er glaube, dass die Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss nur eine Alibifunktion hat. Natürlich hat er Recht. Denn was hat der Innenausschuss gemacht, der Kommunalausschuss? Sie haben die Anhörung noch gar nicht auswerten können, schon haben zwei Ausschüsse, der Innenausschuss und der Finanzausschuss, die unveränderte Annahme dieses Gesetzentwurfes beschlossen, mehrheitlich natürlich. [...]

„ Wer nach Gutsherrenart regiert, braucht sich über solchen Widerstand nicht zu wundern. “

Und Sie, Herr Ringguth, haben eigentlich mit Ihrer Entschlie-
ßung zur Volksinitiative, mit der Verhöhnung derer, die ge-
gen diese Gerichtsstrukturreform Stellung bezogen haben,
die Verhöhnung begonnen. [...]

Also das war schon ein Stück aus dem Tollhaus, und Sie wis-
sen ganz genau, dass diese Volksinitiative gegen die von
Ihnen geplante Reform gerichtet war. Die Entschlie-
ßung, die Sie dann hier verabschiedet haben, na ja, da würde ich
mal sagen, das gehört in die Kategorie ‚Volksverdummung‘-
[...] Das ist Arroganz, und so kann man mit den Menschen,
mit den Fachverbänden, mit Kommunalpolitikerinnen und
Kommunalpolitikern nicht umgehen, das bringt sie auf die
Palme, das bringt diese Menschen auf die Barrikaden. An-
statt dieses Reformvorhaben – und das hat übrigens Frau
Borchardt von Anfang an gefordert, nicht jetzt erst, wie es
jemand der Debattenredner sagte – durch ein Expertengre-
mium prüfen zu lassen, um eine vernünftige Reform auf den
Weg zu bringen, die in der Tat zukunftsfest ist, halten Sie stur
an Ihrem Vorhaben fest und erklären all das ohne Prüfung, all
das, was die Anzuhörenden formuliert haben, für Unsinn. Sie
wollten von Anfang an diese Reform durchpeitschen, gegen
Sinn und Verstand, koste es, was es wolle. Das ist Ihr Stil von
Politik, den machen wir nicht mit, und ich fordere Sie zur na-
mentlichen Abstimmung auf. – Herzlichen Dank.“

Michael Andrejewski, NPD:

„Es geht um die Versorgung der Bevölkerung“



Foto: Cornelius Kettler

„[...] Der Bürgermeister, ich erinnere mich leider nicht mehr,
welcher es von den 13 war, sagte sinngemäß: Meine Stadt ist
ein Mittelzentrum und zu einem Mittelzentrum gehört auch
ein Amtsgericht, [...]. ‚Mittelzentrum‘ ist ein Begriff aus der
Raumordnung. Dabei geht es nicht um irgendeine Verwal-
tungsstruktur, sondern um die Versorgung der Bevölkerung.
In einem Unterzentrum muss alles zur Verfügung stehen,
was zur Grundversorgung nötig ist, was man also jeden Tag
braucht, einen Laden, wo man Brot kauft und das, was man
jeden Tag benötigt. Über das hinaus hat ein Mittelzentrum
alles anzubieten, was den periodischen Bedarf ausmacht.

„ Ein Amtsgericht ist auch klassischer periodischer Bedarf. “

Dazu gehören eine weiterführende Schule und eine Berufs-
schule, ein Krankenhaus und entsprechende Fachärzte, No-
tare, Rechtsanwälte und Steuerberater und auch kulturelle
Angebote, etwa ein Kino, Schwimmbad, ein Einkaufszen-
trum. All das zusammen sollte ein Mittelzentrum anbieten.
Wenn der eine oder andere Faktor darunter fehlt, ist es viel-
leicht noch nicht soweit, dass man nicht mehr von einem
Mittelzentrum sprechen kann. Aber allzu viel sollte nicht feh-
len, sonst können Sie die ganze Raumordnung in die Tonne
treten.

Man muss sich geistig nicht allzu sehr verrenken, um zu
behaupten, dass selbstverständlich auch ein Amtsgericht
zu dieser Versorgung gehört. Ein Amtsgericht ist auch klas-
sischer periodischer Bedarf. Man muss glücklicherweise
nicht jeden Tag hin, genauso wenig wie ins Krankenhaus,
aber manchmal eben doch, und es sollte vorgehalten wer-
den. [...]

Und es wäre vielleicht anzuraten, dass man nicht nur Richter,
Anwälte und Bürgermeister hört, sondern auch Raumplaner,
denn wenn die Gerichtsstrukturreform dazu führt, dass die
ganze Raumplanung obsolet ist und Mittelzentren keine
mehr sind, sondern nur dem Namen nach, ist der Preis viel-
leicht ein wenig zu hoch.“

Antrag abgelehnt

An der namentlichen Abstimmung haben 55 Abgeordne-
te teilgenommen. Mit Ja stimmten 23 Abgeordnete, mit
Nein stimmten 32 Abgeordnete. Damit wurde der Antrag
der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
abgelehnt.

Drucksache 6//2020

Die Abgeordnete Jeannine Rösler (DIE LINKE) hatte vor
Beginn der Abstimmung angezeigt, dass sie an der Ab-
stimmung nicht teilnehmen werde. Im Anschluss gab sie
gemäß Paragraf 88 der Geschäftsordnung des Landtages
hierzu eine persönliche Erklärung ab.

Als letzte Rednerin in der Debatte hatte noch einmal Bar-
bara Borchardt (DIE LINKE) das Wort ergriffen. Den Wort-
laut der gesamten Debatte inkl. der persönlichen Erklä-
rung von Jeannine Rösler können Sie auf der Internetseite
des Landtages nachlesen.

www.landtag-mv.de

(Parlamentsdokumente/Vorläufige Protokollauszüge)

Insolvenz der P+S Werften

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss
setzt Vernehmungen fort

Nach der Sommerpause hat der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH seine Zeugenvernehmungen wieder aufgenommen.

In Anknüpfung an die neun Vernehmungen im April und Mai dieses Jahres (Landtagsnachrichten 4/2013 berichteten) waren nun erneut Bankenvertreter und Ministerialbeamte sowie erstmals auch ehemalige Staatssekretäre und Minister geladen. Insgesamt acht weitere Zeugen stellten sich den Fragen der Abgeordneten, wenn auch die Antworten nicht immer jeden befriedigten. In seiner nächsten Sitzung am 28. Oktober wird der Ausschuss anhand der Vernehmungsprotokolle und des umfangreichen Aktenbestandes über weitere Ermittlungen beraten. Da insbesondere die Umstände der im Jahre 2012 noch bewilligten Rettungsbeihilfe und der anschließenden Insolvenz bisher nicht behandelt wurden, ist ein Abschluss der Untersuchungsarbeit nicht vor Ende 2014 zu erwarten.



EU-Agrarpolitik

Nationale Umsetzung der neuen
Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den
Zeitraum 2014 bis 2020

Mit Beschluss vom 29. Mai 2013 hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, „sich im Interesse einer wettbewerbsfähigen und umweltgerechten Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin aktiv in die Verhandlungen zur nationalen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU nach 2013 einzubringen“.

Zur Unterstützung dieses Anliegens hat der Agrarausschuss am 22. August noch vor dem Ende der parlamentarischen Sommerpause einen „Agrarmarathon“ durchgeführt. Nach der Information durch das Agrarministerium über die Ergebnisse der „Trilog“-Gespräche zwischen der Europäischen Kommission, dem EU-Ministerrat und den Berichterstattern des Europäischen Parlaments und einer öffentlichen Expertenanhörung hat der Ausschuss Handlungsbedarfe bei der nationalen Ausgestaltung der GAP herausgearbeitet.

Kernpunkte des Papiers, mit dem die Verhandlungsposition des Landes auf der Agrarministerkonferenz vom 28. bis 30. August 2013 gestärkt worden ist, waren u.a.:

- Verzicht auf eine erneute Öffnung der „Trilog“-Ergebnisse
- Stärkung kleinerer Agrarunternehmen anstelle einer „Bestrafung“ großer Betriebe durch Deckelung oder Kürzung der Direktzahlungen
- Zusatzzahlungen für „Jungländwirte“
- Anreize für Agrarumweltmaßnahmen über höhere Kofinanzierungssätze
- Förderung von Forschung und Innovation
- Fortführung des LEADER-Prozesses mit stabiler Mittelausstattung (LEADER = Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft).

Die Entschließung „Handlungsoptionen des Landes M-V bei der nationalen Umsetzung der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020“ hat der Agrarausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE, Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Enthaltung der der NPD angenommen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.landtag-mv.de/landtag/ausschüsse/agrarausschuss
(Beiträge vom 12., 21. und 22.08.2013).

Wohnen im Alter

Studie in Enquete-Kommission vorgestellt

Am 30. August stellte Ursula Kremer-Preiß vom Kuratorium Deutsche Altershilfe in der Enquete-Kommission des Landtages „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ die Ergebnisse einer telefonischen Repräsentativbefragung zur Wohnsituation Älterer vor. Die Untersuchungsergebnisse unterstreichen den großen Bedarf an barrierearmen Wohnungen und die Notwendigkeit einer verbesserten Beratung und Begleitung bei der Wohnraumanpassung.

Mit der Befragung zu „Bedarfslagen Älterer und Bedingungen für ein selbstständiges Leben im Alter“ hatte die Kommission das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) zusammen mit der TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH beauftragt. Befragt wurden 1.000 Seniorenhaushalte (478 Einpersonen-, 488 Zweipersonen- und 34 Mehrpersonenhaushalte). Inhaltlich wurden dabei folgende Themenfelder erfasst:

- Wohnsituation und altersgerechte Anpassungsbedarfe
- Infrastrukturelle Versorgung und Wohnumfeldgestaltung
- Wohnwünsche und Umzugsbereitschaft
- Pflege- und Unterstützungsbedarfe
- Anpassungsbereitschaft und Potenziale zur eigenverantwortlichen Gestaltung der Lebenssituation im Alter und
- Bereitschaft zum Einsatz ökonomischer Ressourcen für die Anpassung des Wohnungsbestandes an die altersgerechten Erfordernisse.



Der Energieausschuss des Landtages M-V im Plenarsaal des Burgenländischen Landtages (Bildmitte unten: Landeshauptmann Hans Niessl)

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die Befragung ergab, dass 85 Prozent der über 65-Jährigen mit Barrieren, wie Stufen beim Zugang, Treppen in der Wohnung und Schwellen zu Terrasse und Balkon, konfrontiert sind. Nur wenige Wohnungen sind weitgehend barrierefrei. Nach der Bedarfsschätzung des KDA ist eine Verdopplung des Angebots von 32.000 barrierearmen Wohnungen nötig, um den Wohnbedarf für Senioren zu decken.

Mehr als die Hälfte der Befragten sind bereit für einen Umzug in eine altersgerechte Wohnung. Betreutes Wohnen ist die beliebteste Wohnform bei selbstständiger Haushaltsführung. Immerhin knapp 60 Prozent der Befragten interessieren sich für alternative Wohnformen, wie zum Beispiel Wohngemeinschaften. Die tatsächliche Entwicklung sei nach Erfahrung dann jedoch häufig eine andere, so Ursula Kremer-Preiß.

Besonders in kleinen Gemeinden mit schwieriger hauswirtschaftlicher und gesundheitlicher Versorgung sind strukturelle Aspekte und Wohnsituation eng verbunden. Eine Ausdehnung der sozialen Wohnungsbauförderung, die Bindung an barrierefreie Standards, die Prüfung rechtlicher Regelungen sowie die Einbeziehung der Wohnungsgesellschaften unterstützten eine zielgerichtete Verbesserung des Wohnangebots. Wichtig sei, fasste die Sozialwissenschaftlerin zusammen, einen kleinräumigen Ansatz mit quartiersbezogener Versorgung zu favorisieren und sich weg von einer Versorgungshin zu einer Mitwirkungsgesellschaft zu entwickeln.

Die Kommissionsmitglieder betonten die Wichtigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes einer bedarfsgerechten Wohnraumberatung, bei der soziale Strukturen im Mittelpunkt stehen. Dabei müsse jedoch auch die sich vermutlich verschlechternde Einkommensentwicklung Älterer miteinbezogen werden.

Barrieren in Seniorenhaushalten (n = 997)

Wohnung und Zugang barrierefrei	5,8 %
Zugang barrierefrei/Barrieren in der Wohnung	45,2 %
Wohnung barrierefrei/Zugang erhebliche Barrieren	1,4 %
Wohnung barrierefrei/Zugang extreme Barrieren	0,5 %
Barrieren in der Wohnung/Zugang erhebliche Barrieren	38,5 %
Barrieren in der Wohnung/Zugang extreme Barrieren	8,6 %

Quelle-Repräsentativbefragung Privathaushalte 65+ in M-V

Blick über den Tellerrand

Energieausschuss in Österreich

Im Juni informierte sich der Energieausschuss des Landtages im Rahmen einer fünftägigen Österreichreise über die Schwerpunkte der nationalen, regionalen sowie lokalen Energiepolitik der Alpenrepublik. Im Fokus standen dabei vor allem die Nutzung erneuerbarer Energien, Projekte zur dezentralen Energieerzeugung sowie Modelle zur Bürgerbeteiligung. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen mit der Erarbeitung des Landesenergiekonzeptes M-V verknüpft werden und nach der parlamentarischen Sommerpause in die politische Diskussion einfließen.

In Wien sprachen die Abgeordneten mit Vertretern der Österreichischen Energieagentur, die als nationales Kompetenzzentrum für neue Energietechnologien, erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz fungiert, und besuchten die Energie-Control Austria, die für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft zuständig ist. Um Rahmenbedingungen und Ziele der nationalen Energiepolitik sowie die nationale Energiestrategie ging es bei den Gesprächen mit Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend. Der Besuch der größten österreichischen thermischen Abfallverwertungsanlage zur Produktion von Strom und Wärme in Zwentendorf sowie des nahegelegenen einzigen österreichischen Atomkraftwerkes, das infolge einer Volksabstimmung nie im Betrieb genommen wurde, rundete den Hauptstadtbesuch ab.

Auf dem Weg nach Eisenstadt, wo themenbezogene Gespräche mit Vertretern des Burgenländischen Landtages sowie mit dem Landeshauptmann (Ministerpräsidenten) geführt wurden, besuchte der Ausschuss das größte österreichische Windfeld bei Weiden.

Besonders interessant war für die Abgeordneten der Vortrag des Leiters der Burgenländischen Energieagentur zur Entwicklung und Umsetzung der Energiestrategie des Burgenlandes. Schließlich steht in Mecklenburg-Vorpommern die Erarbeitung eines Landesenergiekonzeptes auf der Agenda.

Die Agentur berät Privatpersonen, die gewerbliche Wirtschaft sowie öffentlich-rechtliche Einrichtungen über Möglichkeiten des zielgerichteten und effizienten Energieeinsatzes.

Um die Umsetzung der Energiewende auf lokaler Ebene ging es in der Stadt Güssing, die übrigens auch eine Partnerschaft mit dem BioEnergiedorf Bollewick in Mecklenburg-Vorpommern pflegt. Bei den Gesprächen mit Fachleuten und politischen/kommunalen Vertretern tauschte man sich über Probleme bei der Entwicklung von Energiedörfern, Akzeptanzfragen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung aus. Weitere Programmpunkte in Güssing waren der Besuch des Europäischen Zentrums für Erneuerbare Energie, die Besichtigung des auf Holzvergasung basierenden Biomassekraftwerkes sowie einer speziellen Biogasanlage, die ausschließlich mit Gras betrieben wird, und abschließend des Forschungsinstituts für Erneuerbare Energien.

Petitionsausschuss in Rumänien

Der Petitionsausschuss hat im August eine fünftägige Bildungsfahrt nach Rumänien unternommen, um sich im „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013“ über die Arbeitsweise und Organisation des Petitionsausschusses und des Ombudsmannes in diesem noch neuen EU-Mitgliedsstaat zu informieren.

Im siebenbürgischen Hermannstadt (rumänisch Sibiu) trafen sich die Ausschussmitglieder mit dem stellvertretenden „Anwalt des Volkes“, wie der rumänische Ombudsmann genannt wird. In diesem Gespräch wurden die Parallelen und Unterschiede der Arbeitsweisen beider Institutionen herausgearbeitet und anhand konkreter Beispiele diskutiert. Eine Stadtführung durch das wunderbar restaurierte Hermannstadt/Sibiu, das im Jahr 2007 Europäische Kulturhauptstadt war, sowie ein Treffen mit Vertretern der Stadt und des Kreises brachten den Reisenden die äußerst wechselvolle Geschichte und



Der Petitionsausschuss des Landtages beim Treffen mit den rumänischen Amtskollegen.

die aktuelle politische Situation dieser Region nahe. Die Reise führte die Delegation weiter nach Bistritz/Bistrita, wo die Abgeordneten die Mitglieder des Petitionsausschusses des rumänischen Parlamentes zu einem Erfahrungsaustausch trafen. Ein besonderes Interesse galt hierbei der Frage, in welchen Bereichen die jeweiligen Schwerpunkte der Beschwerden und Nöte der Bürger in beiden Ländern liegen.

Gemeinsame Interessen

22. Ostseeparlamentarierkonferenz beriet über wettbewerbsfähige Ostseeregion

Auf Einladung Estlands fand in diesem Jahr die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu statt. Unter Leitung von Präsidentin Sylvia Bretschneider arbeitete eine Delegation des Landtages M-V zusammen mit über 200 Teilnehmern aus nationalen und regionalen Parlamen-



Die Delegation des Landtages M-V bei der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz – v.l. Jürgen Seidel (CDU), Jochen Schulte (SPD), Wolf-Dieter Ringguth (CDU), Detlef Müller (SPD), Silke Gajek (3. Vizepräsidentin des Landtages), Sylvia Bretschneider (Präsidentin des Landtages), Dr. André Brie (DIE LINKE), Bodo Bahr (Landtagsverwaltung)

Fotos: Landtag M-V

ten des Ostseeraumes vom 25. bis 27. August zum Thema „Nachhaltige Innovation für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft in der Ostseeregion“.

Der Landtag M-V engagiert sich insbesondere in den Bereichen Schutz der Ostsee, Integrierte Meerespolitik mit wirtschafts- und umweltpolitischen Schwerpunkten sowie nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz. **Sylvia Bretschneider** berichtete der Konferenz über ihr Mandat als Beobachterin bei der Umweltorganisation HELCOM, das sie im Auftrag der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC = Baltic Sea Parliamentary Conference) wahrnimmt. Der Abgeordnete **Jochen Schulte** stellte seinen zweiten Bericht als Maritimer Berichtersteller der Ostseeparlamentarier vor. Schulte ist außerdem Mitglied in der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“, die der BSPC inhaltlich zugearbeitet hat.

„Die intensive und engagierte Mitarbeit des Landtages in der ostseeweiten Kooperation wird von den Partnerparlamenten geschätzt und anerkannt“, freut sich Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, der die Konferenz den Vizevorsitz der BSPC übertragen hat. Dies sehe sie als Vertrauensbeweis und Verpflichtung zugleich für den Landtag M-V, im Engagement für die Ostseeregion nicht nachzulassen. Auch die Sondermandate, die Abgeordnete aus M-V im Auftrag der BSPC wahrnehmen, wurden erneut verlängert. So wird Sylvia Bretschneider auch künftig den BSPC-Beobachterstatus bei der HELCOM (Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt) wahrnehmen, Jochen Schulte wird weiter als Maritimer Berichtersteller der Ostseeparlamentarier arbeiten. „Dadurch können wir die Interessen der Ostsee-Anrainer und damit auch unseres Landes wirksam verfolgen“, ist Bretschneider überzeugt. Der Schutz der Meeresumwelt sei für das Küsten-Bundesland M-V von besonderer Bedeutung. „Ohne eine saubere Ostsee und intakte Landschaft wären wir im Tourismus nicht so erfolgreich“, so Bretschneider.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Seit 1991 unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Konferenz setzt sich aus Vertretern nationaler sowie regionaler Parlamente zusammen.

Als repräsentatives Gremium dient die Konferenz der Stärkung der gemeinsamen Identität des Ostseeraumes. Die Ostseeparlamentarierkonferenz leitet politische Maßnahmen zum Nutzen der Region ein und begleitet diese. Sie fördert die Zusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen – insbesondere mit dem Ostseerat – und dient als Forum für Diskussionen und Informationsaustausch zwischen Parlamenten sowie anderen Gremien und Organisationen auf internationaler und interregionaler Ebene.

www.bspc.net



Das Umweltteam der Gesamtschule Stavenhagen – Schüler der Klassen acht, zehn und elf – gewann den Umweltpreis des Landtages. Mitglieder des Teams waren gemeinsam mit ihrem Lehrer nach Schwerin gereist, um den Preis persönlich entgegenzunehmen.
Foto: Uwe Sinnecker

Umweltpreis des Landtages

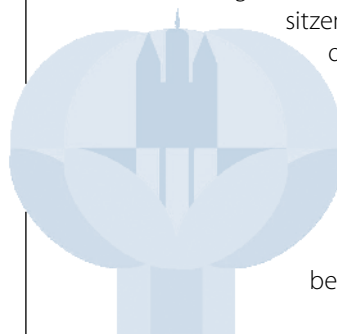
Bei Festakt im Schloss drei Preisträger geehrt

Der Natur wiedergeben, was sich der Mensch genommen hat. Diesem Umweltgedanken fühlt sich die Gesamtschule Stavenhagen verpflichtet. Und das fand nun auch die besondere Würdigung des Landesparlamentes. Am 25. September übergab Vizepräsidentin Beate Schlupp im Thronsaal des Schweriner Schlosses den Ernst-Boll-Umweltpreis 2012/13 des Landtages.

14 Schüler der Gesamtschule Stavenhagen im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte belegten den 1. Platz. Das „Umweltteam“ der Schule überzeugte die Jury – Mitglieder des Agrarausschusses – mit ihrem Konzept zur Renaturierung eines Teiches in der Nähe ihrer Schule. Den zweiten Platz teilen sich der Förderverein des Naturparks Nossentiner/Schwinzer Heide sowie der Natur- und Umweltpark Güstrow. Der Förderverein überzeugte mit Initiativen zur Wiederherstellung beeinträchtigter Flächen, das Güstrower Projekt WiesenWelten verbindet Umweltbewusstsein mit Tourismus.

An dem Wettbewerb hatten sich 13 Bewerber beteiligt. Gesucht wurden diesmal Ideen gegen den Landfraß und für die Wiederherstellung natürlicher Flächen. Dieses Thema sei mit Bedacht gewählt worden, sagte der Ausschussvorsitzende **Prof. Dr. Fritz Tack**.

Stelle doch die Flächenreduktion etwa durch Wohnungsbau und Verkehrsmaßnahmen eine Gefahr für Böden und Umweltschutz dar. Deshalb spiele der Stopp des hohen Flächenverbrauchs auch immer wieder fraktionsübergreifend im Landtag eine Rolle.





Am Ball bleiben

Jugend fragt nach, was aus den Vorschlägen und Verabredungen von 2012 geworden ist

Seit dem Projekt „Jugend im Landtag 2012“ ist ein Jahr vergangen. Was ist aus den Vorschlägen und Forderungen der Teilnehmenden geworden? Welche Ideen wurden weiter verfolgt? Warum liegen einige Verabredungen noch auf Eis? Und welche neuen Themen brennen den Jugendlichen unter den Nägeln?

All dies diskutierten rund 40 junge Leute aus ganz Mecklenburg-Vorpommern beim Projekt „Jugend fragt nach“ vom 26. bis 28. September im Schweriner Schloss miteinander und mit den Parlamentariern. Nach der Begrüßung durch Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und Sozialministerin Manuela Schwesig arbeiteten die Jugendlichen in Workshops an den Themen Schule, Mobilität, Willkommenskultur und berieten über Möglichkeiten, kontinuierlich mit Politikern im Kontakt zu bleiben. Am zweiten Projekttag stiegen die Abgeordneten in die Diskussionen ein. Parlamentarier von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten sich trotz laufender Ausschussarbeit einen ganzen Vormittag Zeit genommen, um die Jugendlichen zu treffen und mit ihnen zu diskutieren – über Schule, Mitbestimmung, Energiepolitik, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus und darüber, wie der Informationsfluss zwischen Jugend und Politik in beide Richtungen verbessert werden kann. Organisiert wurde „Jugend fragt nach“ von der Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings in Kooperation mit dem Landtag M-V.

Einen ausführlichen Bericht

können Sie in der November-Ausgabe der Landtags-Nachrichten lesen.



Gymnasium Sanitz gegen Rechts!



Cheforganisator Tim Lopens (grünes T-Shirt, 2.v.l.) freute sich, dass die Landtagsabgeordneten Johannes Saalfeld, Sylvia Bretschneider, Marc Reinhardt, Peter Ritter, Jürgen Suhr, Torsten Renz und Julian Barlen an Gesprächsrunden und Podiumsdiskussionen mitwirkten.

Fotos: Landtag M-V



Die Fotoaktion des Landtages „Gesicht zeigen für Demokratie“ kam gut an.



Beim Landtagsquiz gewann die 9c eine Klassenfahrt in den Landtag nach Schwerin.

„Gymnasium Sanitz gegen Rechts!“

Gemeinsames Eintreten für Toleranz, Solidarität, Zivilcourage und Demokratie

Die Sanitzer Gymnasiasten setzten am 30. August ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus in der Region. Bei einem Projekttag für die ganze Schule, der ausschließlich von den fünf Schülerinnen und Schülern Tim Lopens, Alina Seysen, Hannes Hilbrecht, Isabell Karas und Nancy Graf organisiert wurde, konnten sich die Teilnehmenden informieren, über die Thematik mit außerschulischen Partnern austauschen und mit Abgeordneten der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diskutieren.

Für die Klassenstufen 7 bis 10 legten die Organisatoren ein besonderes Augenmerk vor allem darauf, die jüngeren Teilnehmer des Projekttag an die Problematik heranzuführen und sie auf die Auseinandersetzung mit der Thematik vorzubereiten. Hierzu konnten 17 Projekte organisiert werden, die in ihrer inhaltlichen Gestaltung nicht unterschiedlicher hätten sein können: Angeboten wurden z.B. ein Sport-Projekt mit drei Profispielern des FC Hansa Rostock, ein Fotoprojekt des Jugendmedienverbandes MV, ein Radioprojekt des Rostocker Lokalsenders LOHRO oder auch Vorträge von Storch



Der Landtagsstand bot jede Menge Infos für die Schülerinnen und Schüler.

Heinar, Endstation Rechts und der Kreistagsabgeordneten Barbara Kirchhainer. Großes Interesse zeigten die Teilnehmenden bei dem Projekt der Staatsanwaltschaft Rostock: Hier wurde eine Gerichtsverhandlung nachgespielt auf der Grundlage eines realen Fallbeispiels, dessen Ausgang zu Diskussionen anregte. Ihre Kreativität stellten die Schülerinnen und Schüler beim Kunst- und Musikprojekt unter Beweis: Am Ende des Tages überraschten die vielfältigen Ergebnisse alle Anwesenden, denn die angefertigten Collagen zum Textinhalt des Liedes „Lasse reden“ von der Band „Die Ärzte“ zeigten unterschiedliche Interpretations- und Gestaltungsmöglichkeiten auf, und die Darbietung des Liedes auf der Schulhofbühne erhielt großen Applaus vom Publikum. Ein Highlight war für viele die Gesprächsrunde zum Thema Zivilcourage mit Horst Lohmeyer aus Jamel, der über seine persönlichen Erfahrungen berichtete und mit den Schülerinnen und Schülern ins Gespräch kam über unterschiedliche Herangehensweisen, sich für etwas zu engagieren. In den Klassenstufen 11 und 12 sollte es vorrangig darum gehen, die Teilnehmer mit Abgeordneten des Schweriner Landtages ins Gespräch zu bringen. Dafür waren sieben Landespolitiker gekommen, die sich in mehreren Gesprächsrunden und zwei Podiumsdiskussionen mit verschiedenen aktuellen Themen auseinandersetzten und mit den Schülerinnen und Schülern diskutierten: Sylvia Bretschneider, Schirmherrin des Projekttag, und SPD-Fraktionskollege Julian Barlen, Marc Reinhardt und Torsten Renz von der CDU, Peter Ritter (DIE LINKE) sowie Jürgen Suhr und Johannes Saalfeld (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellten sich den Fragen der Projektteilnehmer. Neben dem anvisierten NPD-Verbotsverfahren standen auch Themen wie Jugendschutz und Asylpolitik auf dem Programm. Die Schülerinnen und Schüler waren von der Möglichkeit, direkt mit Abgeordneten des Landtages tiefgründig über die Thematik zu diskutieren, begeistert und freuten sich

über das Engagement der Politiker.

Zum Ende des gelungenen Projekttag fand schließlich noch ein Schulhofkonzert statt, bei dem neben einer aktuellen und einer ehemaligen Schülerband auch die landesweit bekannte Band „Storchkraft“ ihren Auftritt hatte. Dieser musikalische Höhepunkt war ein gelungener Abschluss des Projekttag und verdeutlichte, dass in Sanitz einmal mehr ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt werden konnte.



Autorinnen: Pauline Noß, Henriette Franziska Dierkes, Elisa Schröder, Lehrerin Kristin Lopens (Medienkurs des Gymnasiums Sanitz)

Landtag beim Usedomer Festival „VOICES“ dabei

„Landtag vor Ort“ hieß es am 7. September beim Usedomer Festival „VOICES“, das seit 2008 vom Verein Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e.V. organisiert wird. Am Stand des Landtages konnten sich Besucherinnen und Besucher über Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landesparlaments informieren oder auch Anregungen und Vorschläge auf einer „Bodenzeitung“ hinterlassen. Kreativangebote und ein Quiz luden zum Mitmachen ein. Die Aktion „Landtag vor Ort“ ist Teil der landesweiten Aktionen der überparteilichen Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.



Am Rande der Arbeitsgruppenberatung der Landtagsdirektoren entstand auf dem Dach des Schweriner Schlosses dieses Gruppenfoto. Foto: Landtag M-V

Chancen und Risiken des Internet

Direktoren und hochrangige Mitarbeiter aus elf deutschen Landesparlamenten, dem Deutschen Bundestag sowie dem Bundesrat berieten auf Einladung des Direktors des Landtages M-V, Armin Tebben, am 12. und 13. September im Schweriner Schloss über die „Chancen und Risiken des Internets“. Dabei ging es um die Auswirkungen der sich rasant veränderten elektronischen Medien auf die parlamentarische Arbeit, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente sowie die Sicherheit von Datennetzen. Im Fokus standen auch Rechtsfragen, der Umgang mit mobilen Endgeräten wie Smartphones oder Tablet-Computern, der Datenschutz und Erfahrungen mit eigenen Kanälen auf der Videoplattform „YouTube“. Außerdem tauschten sich die Teilnehmer zu den Themen Parlamentsfernsehen, Web-TV und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Fernsehstationen oder auch anderen Dienstleistern aus.

Juniorwahl

Parallel zur Bundestagswahl beteiligten sich bundesweit Tausende Schülerinnen und Schüler an dem Partizipationsprojekt „Juniorwahl“. In Mecklenburg-Vorpommern waren 87 Schulen dabei. Dabei wurden im Unterricht simulierte Wahlen inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Die Lehrerinnen und Lehrer behandelten das Thema im Unterricht, die Schülerinnen und Schüler organisierten den Wahlakt selbst. Höhepunkt des Projektes war die bundesweite Online-Wahl in der Woche vor der echten Wahl. Punkt 18.00 Uhr am Wahlsonntag wurde das Ergebnis bekannt gegeben. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider war Schirmherrin der Juniorwahl 2013 in Mecklenburg-Vorpommern. Damit alle interessierten Schulen teilnehmen konnten, unterstützte der Landtag das Projekt auch finanziell.

Familienkonvent

Am 11. September fand im Schweriner Schloss zum dritten Mal der Familienkonvent M-V statt. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Bündnisse für Familie, Mütter, Väter, Vertreterinnen und Vertreter von familienpolitisch engagierten Verbänden, Vereinen und Körperschaften im Plenarsaal des Landtages.

Auf Beschluss des Landtages findet unter Federführung des Sozialministeriums ein solcher Familienkonvent alle zwei Jahre statt. Nachdem sich der Familienkonvent 2009 mit der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben, Familienbildung, Kinderbetreuung und Kindertagesförderung und 2011 mit den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, frühkindliche Bildung und schulische sowie schulergänzende Betreuung befasst hatte, stand diesmal das Thema „Familie und Pflege“ im Mittelpunkt der Beratungen.



Foto: Rainer Cordes

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Familienkonvents berieten im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.



Die Parlamentarische Vereinigung Niedersachsen im Burggarten des Schweriner Schlosses.

Fotos: Landtag M-V

Stippvisite im Nachbarparlament

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßte am 19. September Mitglieder der Parlamentarischen Vereinigung Niedersachsen e. V. im Schweriner Schloss. Der Besuch des Parlamentssitzes bildete den Abschluss einer fünftägigen Reise der aktiven wie ehemaligen niedersächsischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten durch Mecklenburg-Vorpommern. Umgeschaut hatten sich die Gäste zuvor unter anderem in Rostock, Waren/Müritz und auf der Insel Usedom. Die Stippvisite im benachbarten Mecklenburg-Vorpommern habe vielen Teilnehmern Appetit auf weitere Besuche im Nordosten gemacht, hieß es am Rande des Treffens. Neben der Landtagspräsidentin begrüßte auch Eberhard Hoppe, ehemaliger Abgeordneter des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und Präsident des hiesigen Gegenstücks zur niedersächsischen Vereinigung, die Gäste.

Neue Stasi-Beauftragte

Am 18. September empfing Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die neue Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Anne Drescher zum Antrittsbesuch. Anne Drescher übt ihr Amt seit dem 11. August aus. Der Landtag hatte die Historikerin am 20. Juni zur neuen Landesbeauftragten gewählt. Anne Drescher wirkte zuvor als Stellvertreterin ihrer Vorgängerin im Amt, Marita Pagels-Heineking.



Fernwärme heizt das Schloss

Das Schweriner Schloss wird seit Ende September umweltschonend mit Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplung beheizt. Nach knapp einjähriger Bauzeit, zu der auch schwierige Bohrungen unter dem Burgsee gehörten, ließen es sich Landtagsdirektor Armin Tebben und Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Josef Wolf (v.l.) nicht nehmen, bei den letzten Handgriffen für den vollständigen Anschluss ans Fernwärmenetz der Stadtwerke Schwerin dabei zu sein. „Durch die Fernwärme-Nutzung sparen wir künftig etwa 280 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr“, sagte Tebben nicht ohne Stolz und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Schwerin und dem Landesbetrieb für Bau und Liegenschaften. Der so genannte Übergabepunkt der Heizenergie befindet sich im Keller des Schlosses. Über einen Wärmetauscher wird die dort ankommende Fernwärme den Heizkreisläufen des Schlosses zugeführt.



Harte Nuss

SOMMERRÄTSEL

Foto: Uwe Sinnecker

LN-Sommerquiz brachte manche Rätselfreunde zum Schwitzen

Zugegeben – das Sommerrätsel war diesmal nicht ganz leicht. So manche Leserin und mancher Leser kam dabei ins Schwitzen. Da war man sicher, die ersten Fragen richtig beantwortet zu haben – aber die Lösungsbuchstaben wollten partout keinen sinnvollen Satz ergeben! Manche Rätselfreunde vermuteten sogar, dass uns beim Ersinnen des Quiz Fehler unterlaufen sind. Das zum Glück nicht – aber ein paar Fallstricke hatten wir eingebaut.

Die wichtigste Hürde war vermutlich, dahinter zu kommen, dass der Lösungssatz plattdötsch is! Ein kleiner Tipp in diese Richtung war in Frage 11 versteckt. Wer das erkannt hatte, konnte dann bei anderen schwierigen Fragen einfach den richtigen Buchstaben erschließen. Und hat vielleicht sogar etwas dazugelernt.

Zum Beispiel, dass es die Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern auch auf Platt gibt. Oder dass Petermännchen nicht nur der Name des Schweriner Schlossgeistes ist, sondern dass es tatsächlich auch einen Fisch dieses Namens gibt.

Auch die Frage nach den Türmen des Schlosses konnte aufs Glatteis führen, denn die Zahl 365 wird immer wieder genannt und steht sogar in Reiseführern. Und es stimmt ja auch – den Titel Märchenschloss trägt das Schweriner Schloss ja vor allem wegen der märchenhaften Dachlandschaft mit den unzähligen Türmen, Türmchen, Schonsteinen, Spitzen und Zinnen. Aber wenn man es genau nimmt, sind es „nur“ 15 wirkliche Türme. Hinzu kommen 24 Schornsteine und rund 100 Spitzen, Zacken und Obelisken.

Gestutzt haben viele auch bei der Frage nach dem größten deutschen See. Na klar – das ist der Bodensee! Aber der Antwortbuchstabe passte nun gar nicht. Und richtig – die

Müritz sollte angekreuzt werden! Wir haben absichtlich „der größte deutsche See“ geschrieben, und auf deutschem Territorium befindet sich ja nur ein Teil vom Bodensee. Desse Uferlänge beträgt laut Wikipedia 273 km. Davon liegen 173 km in Deutschland, 28 km in Österreich und 72 km in der Schweiz. Deshalb war die Müritz, die mitten in Mecklenburg-Vorpommern liegt, die richtige Lösung. Okay – ein bisschen Lokalpatriotismus war hier mit im Spiel.

Über den Gauck-Besuch hatten die LandtagsNachrichten ja ausführlich berichtet. Und da war Angela Merkel definitiv nicht dabei. Stimmt – aber ein Kreuz stand der Bundeskanzlerin dennoch zu, denn sie war am 31. Mai zur Grundsteinlegung für das Nestle-Werk in Schwerin. Hier waren also zwei Antworten richtig.

Zu unserer Freude sind dennoch fast 200 richtige Antworten bei uns eingegangen:

De Sitz von den Landdtag is dat Sweriner Slott.

Der Lösungssatz steht unter Artikel 20 Absatz 3 der Landesverfassung. (Dass dort Sweriner Sloß steht, ist laut niederdeutschem Wörterbuch nicht ganz korrekt. Die plattdeutsche Entsprechung für Schloss ist Slott. Das haben wir im Rätsel gleich mal umgesetzt, beim Neudruck der Verfassung werden wir diese kleine Unkorrektheit auch beheben.)

Die Landesverfassung auf Platt können Sie sich auf der Internetseite des Landtages unter www.Landtag-mv.de herunterladen, wir schicken sie Ihnen aber auch gern mit der Post zu. (Tel. 0385 / 525-2113)



Lösung zum SOMMERRÄTSEL 2013:

De Sitz von den Landdtag
is dat Sweriner Slott

Das Schloss nach der Abdankung des Großherzogs Von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie – zwischen diesen beiden Eckpfeilern liegen viele Facetten der wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schweriner Schlosses im 20. Jahrhundert noch weitgehend im Dunkeln. Der Journalist Andreas Frost wird für die Landtagsnachrichten in den Archiven stöbern, Fachleute ausfragen und an dieser Stelle in lockerer Folge über seine „Entdeckungen“ berichten.

Foto: Uwe Sinnecker

Folge 10: Sonnenbaden auf dem Dach

Morgens verbreiteten Lautsprecher Geburtstagswünsche in alle Räume des Schlosses, abends verteilte Schlagersänger Freddy Quinn auf demselben Weg „brennend heißen Wüstensand“. Bis zu 600 junge Frauen wurden über einen Zeitraum von fast 30 Jahren täglich vom „Schulfunk“ im Schweriner Schloss geweckt. So lange war die ehemalige Herzogsresidenz Schule und Internat. Keine andere Institution hat das Schloss in den vergangenen hundert Jahren über einen so langen Zeitraum derart belebt, wie die Pädagogische Schule für Kindergärtnerinnen.

Nach der Auflösung der Länder in der DDR wurde 1952 im Schloss auch der erst 1949 eröffnete Landtag geschlossen, die ebenfalls untergebrachten Behörden zogen aus. In Rekordzeit wurden vom Keller bis zu den Dachkammern unzählige Doppelstockbetten und Schulbänke aufgestellt, und bereits in den ersten Jahrgängen wurden jeweils 275 Mädchen auf ihren Beruf vorbereitet. Sie wohnten im sechsten Stock in den ehemaligen „Gesindekammern“ oder in fast fensterlosen Kellerräumen. Manche ergatterten ein Turmzimmer mit Seeblick, andere teilten sich zu zwölf ein Durchgangszimmer. Weil es an Stauraum für persönliche Utensilien mangelte, wurde selbst der Bücherschrank in der ehemaligen Bibliothek des Herzogs, in der tagsüber unterrichtet wurde, in eine Schrankwand umgewandelt.

Duschen gab es nur im Keller. Auf den Etagen waren lediglich Waschbecken und einige neue Toiletten installiert worden. Der Plenarsaal wurde zur Aula umfunktioniert, in der Orangerie wurde Sport getrieben, und der Rittersaal war aufgeteilt in einen Gymnastikraum und eine Bibliothek. Das heutige Schloss-Café war Speiseraum, daneben schlossen sich Küche und Lagerräume an. Gegessen wurde in zwei Schichten.

Im Thronsaal aber stand ein Klavier, weil er mit seiner guten Akustik sich hervorragend für den Musikunterricht geeignet haben soll. Der schönste Klassenraum aber sei das „Blumenzimmer“ gewesen, berichtet der frühere Lehrer Manfred Paulischkies. Im ersten Stock des Hauptturms wurde mit direktem Zugang zum Burggarten in den 1950er-Jahren Biologie unterrichtet. Selbst das Dach nutzten die Schülerinnen – zum Wäscheaufhängen oder für ein Sonnenbad.

Wochentags wurden die jungen Frauen um sechs Uhr geweckt. Um 7.10 Uhr begann der Unterricht. Psychologie, Kunst, Musik, Gesundheitserziehung und – natürlich – Marxismus-Leninismus waren nur einige der Unterrichtsfächer. Im Fach Pädagogik wurde anfangs Makarenko gelesen, ab 1962 gab Volksbildungsministerin Margot Honecker die Richtung vor. Regelmäßig mussten die Mädchen zum Fahnenappell im Schlosshof antreten.

Von 1959 bis 1964 wurden im Schloss auch männliche Heim- und Horterzieher sowie Unterstufenlehrer ausgebildet. Im Oktober 1961 kam es in der Pädagogischen Schule sogar zur ersten „Sozialistischen Eheschließung“. Im Thronsaal schlossen eine angehende Kindergärtnerin und ein zukünftiger Unterstufenlehrer den Bund fürs Leben.

Mit Beginn der 1970er-Jahre änderten sich sowohl die Ausbildung der Kindergärtnerinnen als auch die Einstellung der DDR-Oberen zum historischen Erbe, zu dem das Schloss gehört. 1972 begannen Denkmalschützer damit, die ersten Prunkräume in der Festetage zu restaurieren und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. 1982 zog die Pädagogische Schule endgültig in ihr neues Haus auf dem Großen Dreesch, einer Plattenbausiedlung im Süden der Landeshauptstadt.

Was die Nutzungsdauer angeht, kommt die Pädagogische Schule damit derzeit auf den zweiten Platz. Platz Eins belegt die Schlosskirchengemeinde, die in den vergangenen hundert Jahren ständiger Nutzer des Schlosses war.

Zeitzeugen gesucht

Um die Nutzungsgeschichte des Schlosses seit dem verheerenden Brand im Dezember 1913 möglichst lückenlos dokumentieren zu können, sucht der Landtag nach Zeitzeugen. Besonders die Jahre unmittelbar vor und nach 1945 lassen sich durch Schriftstücke und Akten nur unvollständig nachzeichnen. Wer während des Krieges als Soldat im Schlosslazarett gepflegt wurde oder Verletzte gepflegt hat, wer als Flüchtling 1945 im Schloss untergebracht war oder wer 1946 mit der Sowjetischen Militäradministration (SMA) im Schloss zu tun hatte, melde sich bitte beim Landtag M-V, Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 0385 / 525-2113.

Herzlichen Dank.

Foto: Cornелиus Kettler



Beim Festumzug zum 150-jährigen Schlossjubiläum 2007 waren auch frühere Studentinnen der Kindergärtnerinnen-Schule im Schloss dabei.



(Adressfeld für Abonnenten)



- ▶ Eine Sammlung mit 13 Werken des Düsseldorfer Künstlers Günther Uecker ist am 9. August dem Staatlichen Museum Schwerin übergeben worden. Das Land M-V hat die Arbeiten mit großer finanzieller Beteiligung des Bundes sowie der Ostdeutschen Sparkassenstiftung und der Sparkasse Mecklenburg-Schwerin von dem Sammler Friedel Drautzburg erworben. Der gebürtige Mecklenburger Günther Uecker ist weltweit für seine Nagelbilder berühmt. (Die 1. Vizepräsidentin des Landtages Beate Schlupp bei der Präsentation der Uecker-Werke im Staatlichen Museum)

- ▶ Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßte am 28. August Politiker, Tourismusvertreter und Journalisten aus dem österreichischen Bundesland Niederösterreich im Schweriner Schloss. Die Delegation unter Leitung der Landesrätin Dr. Petra Bohuslav informierte sich über touristische Angebote in M-V. Sylvia Bretschneider, Wirtschaftsminister Harry Glawe und Dr. Petra Bohuslav vereinbarten weitere Bausteine, um die seit drei Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen den beiden Bundesländern zu vertiefen.



- ▶ Silke Gajek, 3. Vizepräsidentin des Landtages, begrüßte am 22. Juli Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines internationalen Jugendcamps des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. im Schweriner Schloss und nahm eine besondere Unterschriftensammlung entgegen. Im Rahmen der Aktion „Rote Hand“ hatten die jungen Leute aus zehn europäischen Ländern Menschen gebeten, sich mit einem Handabdruck gegen den Einsatz von Kindersoldaten auszusprechen. Der Landesverband M-V des Volksbundes unterstützt die Aktion, die mit tausenden roten Handabdrücken die Verantwortlichen zum Handeln bewegen will.



- ▶ Meisterinnen des Schlagabtausches sind beide Seiten – während Sylvia Bretschneider die Waffe des Wortes nutzt, fliegen bei ihren Gästen die Fäuste. Boxsportlerinnen der Nationalmannschaften von Neuseeland und Australien, die sich gemeinsam mit Sportlern und Trainern des traditionsreichen Boxsportclubs Traktor Schwerin e. V. auf internationale Meisterschaften vorbereiteten, schauten am 16. September im Schweriner Schloss vorbei. Dabei informierten sie sich über die politischen Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern, warben aber auch für ihren Sport. Bei einer Führung lernten sie das Schweriner Schloss ein wenig genauer kennen – und waren begeistert.